Akkreditierungsbericht

Programmakkreditierung – Bündelverfahren

Raster Fassung 02 – 04.03.2020

[▶ Inhaltsverzeichnis](#)

Hochschule	Psychologische Hochschule Berlin
Ggf. Standort	

Studiengang 01	Rechtspsychologie (zukünftig mit Zusatz: „Begutachtung und Intervention“)		
Abschlussbezeichnung	M.Sc.		
Studienform	Präsenz	☒	Fernstudium ☐
	Vollzeit	☐	Intensiv ☐
	Teilzeit	☒	Joint Degree ☐
	Dual	☐	Kooperation § 19 MRVO ☐
	Berufs- bzw. ausbildungsbegleitend	☒	Kooperation § 20 MRVO ☐
Studiendauer (in Semestern)	4		
Anzahl der vergebenen ECTS-Punkte	60		
Bei Masterprogrammen:	konsekutiv	☒	weiterbildend ☐
Aufnahme des Studienbetriebs am (Datum)	1.4.2015		
Aufnahmekapazität (Maximale Anzahl der Studienplätze)	22	Pro Semester ☐	Pro Jahr ☒
	20	Pro Semester ☐	Pro Jahr ☒
Durchschnittliche Anzahl* der Studienanfängerinnen und Studienanfänger	20	Pro Semester ☐	Pro Jahr ☒
Durchschnittliche Anzahl* der Absolventinnen und Absolventen	10	Pro Semester ☐	Pro Jahr ☒
* Bezugszeitraum:			

Konzeptakkreditierung	☐
Erstakkreditierung	☐
Reakkreditierung Nr. (Anzahl)	3

Verantwortliche Agentur	ACQUIN
Zuständige/r Referent/in	Dr. Julia Menzel
Akkreditierungsbericht vom	21.01.2025

Studiengang 02	Psychologie: Rechtspsychologie			
Abschlussbezeichnung	M.Sc.			
Studienform	Präsenz	☒	Fernstudium	☐
	Vollzeit	☒	Intensiv	☐
	Teilzeit	☐	Joint Degree	☐
	Dual	☐	Kooperation § 19 MRVO	☐
	Berufs- bzw. ausbildungsbegleitend	☐	Kooperation § 20 MRVO	☐
Studiendauer (in Semestern)	4			
Anzahl der vergebenen ECTS-Punkte	120			
Bei Masterprogrammen:	konsekutiv	☒	weiterbildend	☐
Aufnahme des Studienbetriebs am (Datum)	01.10.2024			
Aufnahmekapazität (Maximale Anzahl der Studienplätze)	20	Pro Semester ☐	Pro Jahr ☒	
Durchschnittliche Anzahl* der Studienanfängerinnen und Studienanfänger	k.A.	Pro Semester ☐	Pro Jahr ☐	
Durchschnittliche Anzahl* der Absolventinnen und Absolventen	k.A.	Pro Semester ☐	Pro Jahr ☐	
* Bezugszeitraum:				
Konzeptakkreditierung	☒			
Erstakkreditierung	☐			
Reakkreditierung Nr. (Anzahl)				

Inhalt

Ergebnisse auf einen Blick	5
Studiengang 01 „Rechtspsychologie“ (M.Sc.).....	5
Studiengang 02 „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.)	6
Kurzprofile der Studiengänge	7
Studiengang 01 „Rechtspsychologie“ (M.Sc.).....	7
Studiengang 02 „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.)	7
Zusammenfassende Qualitätsbewertung des Gutachtergremiums	9
Studiengang 01 „Rechtspsychologie“ (M.Sc.).....	9
Studiengang 02 „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.)	10
I Prüfbericht: Erfüllung der formalen Kriterien	11
1 Studienstruktur und Studiendauer (§ 3 MRVO)	11
2 Studiengangsprofile (§ 4 MRVO)	11
3 Zugangsvoraussetzungen und Übergänge zwischen Studienangeboten (§ 5 MRVO)	12
4 Abschlüsse und Abschlussbezeichnungen (§ 6 MRVO)	13
5 Modularisierung (§ 7 MRVO)	13
6 Leistungspunktesystem (§ 8 MRVO)	14
7 Anerkennung und Anrechnung (Art. 2 Abs. 2 StAkkrStV)	14
II Gutachten: Erfüllung der fachlich-inhaltlichen Kriterien	15
1 Schwerpunkte der Bewertung/ Fokus der Qualitätsentwicklung.....	15
2 Erfüllung der fachlich-inhaltlichen Kriterien.....	15
2.1 Qualifikationsziele und Abschlussniveau (§ 11 MRVO)	15
2.2 Schlüssiges Studiengangskonzept und adäquate Umsetzung (§ 12 MRVO)	20
2.2.1 Curriculum (§ 12 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 und 5 MRVO).....	20
2.2.2 Mobilität (§ 12 Abs. 1 Satz 4 MRVO).....	25
2.2.3 Personelle Ausstattung (§ 12 Abs. 2 MRVO)	26
2.2.4 Ressourcenausstattung (§ 12 Abs. 3 MRVO)	29
2.2.5 Prüfungssystem (§ 12 Abs. 4 MRVO)	31
2.2.6 Studierbarkeit (§ 12 Abs. 5 MRVO)	32
2.2.7 Besonderer Profilanspruch (§ 12 Abs. 6 MRVO)	34
2.3 Fachlich-Inhaltliche Gestaltung der Studiengänge (§ 13 MRVO): Aktualität der fachlichen und wissenschaftlichen Anforderungen (§ 13 Abs. 1 MRVO)	36
2.4 Studienerfolg (§ 14 MRVO).....	37
2.5 Geschlechtergerechtigkeit und Nachteilsausgleich (§ 15 MRVO).....	39
III Begutachtungsverfahren	42
1 Allgemeine Hinweise	42
2 Rechtliche Grundlagen.....	42
3 Gutachtergremium	42
3.1 Hochschullehrer:innen	42
3.2 Vertreter:in der Berufspraxis	42
3.3 Vertreter:in der Studierenden.....	42
IV Datenblatt	43

1	Daten zu den Studiengängen.....	43
1.1	Studiengang 01 „Rechtspsychologie“ (M.Sc.)	43
1.2	Studiengang 02 „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.).....	43
2	Daten zur Akkreditierung.....	44
2.1	Studiengang 01 „Rechtspsychologie“ (M.Sc.)	44
V	Glossar	45
Anhang		46

Ergebnisse auf einen Blick

Studiengang 01 „Rechtspsychologie“ (M.Sc.)

Entscheidungsvorschlag der Agentur zur Erfüllung der formalen Kriterien gemäß Prüfbericht (Ziffer 1)

Die formalen Kriterien sind

- erfüllt
- nicht erfüllt.

Entscheidungsvorschlag des Gutachtergremiums zur Erfüllung der fachlich-inhaltlichen Kriterien gemäß Gutachten (Ziffer 2)

Die fachlich-inhaltlichen Kriterien sind

- erfüllt
- nicht erfüllt.

Das Gutachtergremium schlägt dem Akkreditierungsrat folgende Auflage vor:

- Auflage 1 (Kriterium Personelle Ausstattung, § 12 Abs. 2 MRVO):
Die in einigen Jahren frei werdende 0,5 Professur Rechtspsychologie mit Schwerpunkt Aussagepsychologie muss nachbesetzt werden.

Studiengang 02 „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.)

Entscheidungsvorschlag der Agentur zur Erfüllung der formalen Kriterien gemäß Prüfbericht (Ziffer 1)

Die formalen Kriterien sind

- erfüllt
- nicht erfüllt.

Entscheidungsvorschlag des Gutachtergremiums zur Erfüllung der fachlich-inhaltlichen Kriterien gemäß Gutachten (Ziffer 2)

Die fachlich-inhaltlichen Kriterien sind

- erfüllt
- nicht erfüllt.

Das Gutachtergremium schlägt dem Akkreditierungsrat folgende Auflagen vor:

- Auflage 1 (Kriterium Personelle Ausstattung, § 12 Abs. 2 MRVO):
Es ist eine Kapazitäts- und Personalplanung einzureichen, aus der hervorgeht, dass die personelle Kapazität für das Lehrangebot tatsächlich ausreicht.
- Auflage 2 (Kriterium Personelle Ausstattung, § 12 Abs. 2 MRVO):
Die in einigen Jahren frei werdende 0,5 Professur Rechtspsychologie mit Schwerpunkt Aussagepsychologie muss nachbesetzt werden.

Kurzprofile der Studiengänge

Die Psychologische Hochschule Berlin gGmbH (im Folgenden: PHB) ist eine gemeinnützige Tochtergesellschaft der Deutschen Psychologen Akademie, welche wiederum eine Tochter des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (im Folgenden: BDP) ist. Die PHB wurde am 10. Mai 2010 vom Berliner Senat als Hochschule auf universitärem Niveau staatlich anerkannt. Gleichzeitig wurden zwei ausbildungsbegleitende psychotherapeutische Masterstudiengänge (tiefenpsychologisch fundiert und verhaltenstherapeutisch) sowie die Masterstudiengänge Rechtspsychologie und Verkehrspsychologie mitsamt den jeweiligen Studien- und Prüfungsordnungen genehmigt. Im Jahr 2023 hat der Wissenschaftsrat im Rahmen seiner institutionellen Reakkreditierung die Hochschul förmigkeit der PHB und deren universitäres Niveau bestätigt.

Das Studienangebot der PHB umfasst derzeit den polyvalenten Bachelorstudiengang „Psychologie“, zwei Masterstudiengänge Psychologie mit den Schwerpunkten „Klinische Psychologie und Psychotherapie“ sowie „Gesundheit in Arbeit und Gesellschaft“ sowie die einen ersten Masterabschluss voraussetzenden ausbildungs- bzw. berufsbegleitenden Masterstudiengänge „Rechtspsychologie“, „Psychotherapie (Schwerpunkt Psychodynamische Psychotherapie)“ und „Psychotherapie (Schwerpunkt Verhaltenstherapie)“. Außerdem wird ein Ausbildungsgang Systemische Therapie angeboten.

Die Anzahl der Studierenden beträgt über 600.

Studiengang 01 „Rechtspsychologie“ (M.Sc.)

Das Lehrangebot des weiterbildenden Masterstudiengangs „Rechtspsychologie“ richtet sich an Psycholog:innen, die ihre berufliche Zukunft in einem angewandten rechtspsychologischen Tätigkeitsfeld sehen bzw. an solche, die bereits in diesem Bereich praktisch tätig sind und sich weiterqualifizieren möchten. Der Studiengang entspricht dem übergreifenden Konzept des Scientist Practitioner der PHB: Die wissenschaftlich fundierte Weiterbildung konzentriert sich inhaltlich auf die vier Praxisbereiche, in denen Rechtspsychologinnen und Rechtspsychologen im Wesentlichen praktisch tätig sind, nämlich a) Familienrechtspsychologische Begutachtung, b) Aussagepsychologische Begutachtung, c) Straffälligenbegutachtung und d) Intervention in Straf- und Maßregelvollzug.

Studiengang 02 „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.)

Der Masterstudiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ ist ein konsekutiver Studiengang, der auf Grundlagenwissen der Psychologie aufbaut, welches in einem B.Sc.-Studiengang erworben wurde. Dieses Wissen wird im Studiengang so vertieft und ergänzt, dass die Studierenden befähigt werden, komplexe Probleme aus verschiedenen Feldern der Psychologie zu analysieren, Modelle der Prävention und Intervention zu entwickeln und diese mit wissenschaftlichen Methoden

sachgerecht und kritisch zu bearbeiten. Der Studiengang folgt den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (im Folgenden: DGPs) und des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen an psychologische Masterstudiengänge und beinhaltet die Kernbereiche Forschungsmethoden und Diagnostik und vertieft das Wissen um psychologische Grundlagen und ihre Anwendung.

Zusammenfassende Qualitätsbewertung des Gutachtergremiums

Studiengang 01 „Rechtspsychologie“ (M.Sc.)

Der postgraduale Masterstudiengang „Rechtspsychologie“ (M.Sc.) wird vom Gutachtergremium sehr gut bewertet. Die Qualifikationsziele, das Abschlussniveau und die damit verbundenen Lernergebnisse des Studiengangs sind klar formuliert und transparent erkennbar. Sie entsprechen der Realität des Berufsmarkts im Bereich der forensisch-psychologischen Begutachtung. Durch die Verbindung von theoretischen Studieninhalten mit praxisorientierten Fallseminaren und begleitenden Praxisphasen wird die Handlungskompetenz der Studierenden in allen relevanten Kompetenzbereichen substantiell erweitert, die Vorbereitung auf die Berufspraxis adäquat umgesetzt.

Insgesamt überzeugt der Studiengang mit einer hoch qualifizierten fachlich-methodischen Ausrichtung und durch ein hoch motiviertes Lehrendenteam, das insbesondere in den Schwerpunkten „Ausagepsychologische Begutachtung“ und „Familienrechtspsychologische Begutachtung“ durch hervorragende Fachkompetenz und außerordentliches Motivierungspotential das Studium trägt.

Der Studiengang erfüllt damit sehr gut das gesetzte Ziel, die Studierenden auf eine praktische Tätigkeit im Bereich der Rechtspsychologie, in der Regel zunächst unter Supervision, vorzubereiten.

Studiengang 02 „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.)

Auch der neu eingerichtete, konsekutive Masterstudiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.) wird vom Gutachtergremium als gelungen hinsichtlich der Zielsetzung und der geplanten curricularen Umsetzung bewertet. Der Studiengang kommt dem Bedürfnis der Studierenden nach einem konsekutiven Masterstudiengang Rechtspsychologie im direkten Anschluss an das Bachelorstudium entgegen. Bei dem steigenden Bedarf an rechtspsychologischer Expertise im Bereich der forensisch-psychologischen Begutachtung und Intervention schließt das Studienangebot damit eine bestehende Marktlücke.

Inhaltlich vermittelt der Studiengang nach Einschätzung der Gutachter:innen adäquate Kenntnisse in, neben den für die Psychologie zentralen Kenntnissen in psychologischer Methodik, schwerpunktmäßig vor allem in den Bereichen Rechtspsychologie und Klinischer Psychologie.

Dass die geplanten Lehrveranstaltungen durch renommierte Fachvertreter:innen konzipiert, betreut und begleitet werden, stellt eine besondere Stärke des Studienangebots dar. Durch die Einbindung in (inter-)national anerkannte Forschungsprojekte der Lehrenden werden Aktualität, Interdisziplinarität und methodisch-fachliche Breite der curricularen Inhalte in besonderer Weise gewährleistet.

I Prüfbericht: Erfüllung der formalen Kriterien

(gemäß Art. 2 Abs. 2 StAkkrStV und §§ 3 bis 8 und § 24 Abs. 3 MRVO)

1 Studienstruktur und Studiendauer ([§ 3 MRVO](#))

Sachstand/Bewertung

Der weiterbildende Masterstudiengang „Rechtspsychologie“ führt zu einem weiteren berufsqualifizierenden Studienabschluss und wurde gemäß § 2 (1) der Fachspezifischen Studien- und Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Rechtspsychologie an der Psychologischen Hochschule Berlin von 2018 (im Folgenden: SPO-MA RePsy) als einjähriges Vollzeitstudium oder als zweijähriges berufsbegleitendes Studium konzipiert und genehmigt. Gemäß § 6 (2) SPO-MA RePsy umfasst der Studiengang zwei Semester für die Vollzeitvariante und vier Semester für die berufsbegleitende Variante. Die Vollzeitvariante wurde nach Angaben der Hochschule bisher nicht nachgefragt und wird zugunsten einer berufsbegleitenden Teilzeitvariante derzeit nicht angeboten.

Der konsekutive Masterstudiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ führt zu einem weiteren berufsqualifizierenden Studienabschluss und wird als Vollzeitstudium angeboten. Gemäß § 6 (3) der Fachspezifischen Studien- und Prüfungsordnung für den Masterstudiengang M.Sc. Psychologie: Rechtspsychologie in der Fassung vom 10.07.2024 (im Folgenden: SPO-MA Psy:RePsy) haben Studierende auf Antrag die Möglichkeit, sämtliche Studien- und Prüfungsleistungen auch Rahmen eines Teilzeitstudiums zu erbringen. Das Vollzeitstudium umfasst gemäß § 7 (2) SPO-MA Psy:RePsy vier Semester.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist für alle Studiengänge erfüllt.

2 Studiengangsprofile ([§ 4 MRVO](#))

Sachstand/Bewertung

Der Masterstudiengang „Rechtspsychologie“ wird von der Hochschule im Selbstbericht als konsekutiver, in der Regel berufsbegleitender Studiengang beschrieben, der somit einen weiterbildenden Charakter hat und eher anwendungsorientiert ausgerichtet ist. Das Studium wird mit der Erstellung einer Masterarbeit abgeschlossen, die als empirisches Projekt mit einem überschaubaren Umfang angelegt ist. Alternativ besteht die Möglichkeit, als Masterarbeit mindestens zwei (nach erfolgter Änderung der SPO-MA RePsy ein) selbst angefertigte(s) Gutachten mit wissenschaftlicher Reflexion der theoretischen Grundlagen aus den im Rahmen der Anwendungsvertiefung gewählten Bereichen

vorzulegen (vgl. § 16 (1) SPO-MA RePsy). Die Bearbeitungsdauer beträgt 8 Monate, kann sich aufgrund des Umfangs und persönlicher Umstände des Studierenden aber auf maximal 12 Monate erstrecken.

Der Masterstudiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ wird von der Hochschule im Selbstbericht als konsekutiver, gleichermaßen anwendungs- wie forschungsorientierter Studiengang beschrieben. Das Studium wird mit einem Masterprojekt abgeschlossen, das aus einer Masterarbeit und einem begleitend zu absolvierenden Kolloquium besteht. Die Masterarbeit ist laut Selbstbericht forschungsorientiert. Laut Modulhandbuch sollen die Studierenden mit der Masterarbeit zeigen, dass sie die Fähigkeit zu selbständiger wissenschaftlicher Tätigkeit in einem Bereich der Psychologie erworben bzw. gegenüber dem Bachelorstudium weiter ausgebaut haben, indem sie ein eigenes wissenschaftliches Forschungsprojekt verfolgt und mit einer Master-Thesis dokumentiert haben. Die Bearbeitungsfrist beträgt 6 Monate, kann sich aufgrund des Umfangs und persönlicher Umstände des Studierenden aber auf maximal 12 Monate erstrecken (vgl. § 15 (1) SPO-MA Psy:RePsy).

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist für beide Studiengänge erfüllt.

3 Zugangsvoraussetzungen und Übergänge zwischen Studienangeboten ([§ 5 MRVO](#))

Sachstand/Bewertung

Für die Zulassung zum weiterbildenden, postgradualen Masterstudiengang „Rechtspsychologie“ ist gemäß § 3 (2) SPO-MA RePsy ein Diplom- oder Master-Abschluss in Psychologie oder ein gleichwertigen Hochschulabschluss erforderlich. Zudem findet ein Eignungstest statt, der in der Regel in Form eines Eignungsgesprächs mit einer Dauer von 20 bis 40 Minuten erfolgt. Kriterien für die Eignungsbeurteilung sind kognitive, soziale und kommunikative Kompetenzen, die persönliche Stabilität im Hinblick auf Diagnostik-, Beratungs- und Interventionsaufgaben im Bereich der Rechtspsychologie, fachbezogene Motivation und wissenschaftliche Orientierung (vgl. § 4 SPO-MA RePsy). Der auf einem ersten Masterabschluss aufbauende Studiengang hat zwar weiterbildenden Charakter und findet rechtspsychologisch-berufsbegleitend statt, fordert jedoch keine vorangehende Berufserfahrung.

Für die Zulassung zum konsekutiven Masterstudiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ ist gemäß § 3 (1) SPO-MA Psy:RePsy der Abschluss eines Bachelor-Studienganges in Psychologie nachzuweisen. Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums ist zudem das erfolgreiche Ablegen eines Eignungstestes, bei dem die studiengangbezogene Eignung für ein erfolgreiches Masterstudium überprüft wird. Der Eignungstest findet in der Regel in Form eines Eignungsgesprächs mit einer

Dauer von 20 bis 40 Minuten statt. Kriterien für die Eignungsbeurteilung sind kognitive, soziale und kommunikative Kompetenzen, die persönliche Stabilität im Hinblick auf Diagnostik-, Beratungs- und Interventionsaufgaben im Bereich der Rechtspsychologie, fachbezogene Motivation und wissenschaftliche Orientierung.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

4 Abschlüsse und Abschlussbezeichnungen ([§ 6 MRVO](#))

Sachstand/Bewertung

Der Masterstudiengang „Rechtspsychologie“ führt gemäß § 17 SPO-MA RePsy zum Abschluss „Master of Science“ (M.Sc.). Der Masterstudiengang „Rechtspsychologie: Rechtspsychologie“ führt gemäß § 16 SPO-MA Psy:RePsy ebenfalls zum Abschluss „Master of Science“ (M.Sc.). Das Diploma Supplement erteilt Auskunft über das zugrunde liegende Studium und liegt in der aktuellen Form vor.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist für beide Studiengänge erfüllt.

5 Modularisierung ([§ 7 MRVO](#))

Sachstand/Bewertung

Der Masterstudiengang „Rechtspsychologie“ umfasst 6 Module. Das Modul 4 („Fallseminare zur Anwendungsvertiefung“) beinhaltet nur 3 ECTS-Punkte. Die PHB begründet dies in der Selbstdokumentation damit, dass es der Einführung in die Anwendungsvertiefung zeitlich nachgeordnet und sinnvollerweise davon getrennt zu absolvieren sei. Alle Module sind grundsätzlich in zwei Semestern abschließbar. Das verpflichtende Berufspraktikum kann allerdings laut Hochschule über 3 Semester verteilt werden, jedoch auch beliebig aufgeteilt oder verdichtet werden.

Der Masterstudiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ umfasst 9 Module. Keines der Module umfasst weniger als 5 ECTS-Punkte und alle Module sind grundsätzlich in zwei Semestern abschließbar. Das Modul 7 („Forschungsvertiefung und Projektstudium“) kann laut PHB allerdings über drei Semester verteilt werden, um den jeweiligen Projektangeboten und -möglichkeiten zu entsprechen.

Mit den Abschlussdokumenten und dem Diploma Supplement erhalten die Absolvierenden beider Studiengänge eine ECTS-Einstufungstabelle, in der jeweils für einen zweijährigen Referenzzeitraum alle im Studiengang erzielten Abschlussnoten in einer Skala ausgewiesen werden, und die aufzeigt, wie sich die Noten über die Referenzkohorte verteilen

Die Modulbeschreibungen beider Studiengänge enthalten alle in § 7 (2) MRVO aufgeführten Punkte.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist für beide Studiengänge erfüllt.

6 Leistungspunktesystem ([§ 8 MRVO](#))

Sachstand/Bewertung

Gemäß § 7 (2) bzw. 7 (3) der jeweiligen Fachspezifischen Studien- und Prüfungsordnung entspricht ein ECTS-Punkt einer Arbeitsbelastung von 30 Stunden.

Studierende des Masterstudiengangs „Rechtspsychologie“ erwerben im Teilzeitstudium pro Semester 15 ECTS-Punkte in jedem Semester. Für die Masterarbeit werden 15 ECTS-Punkte vergeben.

Studierende des Masterstudiengangs „Psychologie: Rechtspsychologie“ erwerben durchschnittlich 30 ECTS-Punkte pro Semester. Für die Masterarbeit werden 30 ECTS-Punkte vergeben.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist für beide Studiengänge erfüllt.

7 Anerkennung und Anrechnung ([Art. 2 Abs. 2 StAkkrStV](#))

Sachstand/Bewertung

In § 20 der Rahmenprüfungsordnung ist die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen, Prüfungsleistungen und ECTS-Punkten geregelt.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist für beide Studiengänge erfüllt.

II Gutachten: Erfüllung der fachlich-inhaltlichen Kriterien

1 Schwerpunkte der Bewertung/ Fokus der Qualitätsentwicklung

Im Rahmen der Begehung wurde ein breites Themenspektrum bearbeitet, sodass das Gutachtergremium einen umfassenden Eindruck beider Studiengänge erhalten konnte. Insbesondere die praktischen Ausbildungsabschnitte, die Studierbarkeit des postgradualen Masterstudiengangs „Rechtspsychologie“ (M.Sc.) und die (unterschiedlichen) Zielsetzungen beider Studienangebote wurden ausführlich beleuchtet. Daneben spielten die Themen Mobilität und qualitätssichernde Maßnahmen eine Rolle in allen Gesprächsrunden.

Da es sich im Falle des konsekutiven Masterstudiengangs „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.) um die Begutachtung im Rahmen einer Konzeptakkreditierung handelt, wurden hier zudem der geplante Studienverlauf, die personelle Ausstattung sowie die weiteren nötigen Ressourcen mit besonderem Augenmerk betrachtet.

2 Erfüllung der fachlich-inhaltlichen Kriterien

(gemäß Art. 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 i.V. mit Art. 4 Abs. 3 Satz 2a und §§ 11 bis 16; §§ 19-21 und § 24 Abs. 4 MRVO)

2.1 Qualifikationsziele und Abschlussniveau ([§ 11 MRVO](#))

a) Studiengangsübergreifende Aspekte

Die PHB hat in ihrem Leitbild verankert, dass sie den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die psychologische Berufspraxis und die Aufnahme von Fragestellungen aus der Praxis als zentrale Aufgabe für die Institution und die Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen versteht. Sie sieht sich als Einrichtung, die die berufliche Qualifizierung von Psychologinnen und Psychologen auf ein wissenschaftliches Fundament stellt und dabei das Praxisfeld der künftigen Berufstätigkeit in das Masterstudium integriert.

Die Master- und der Bachelorstudiengänge Psychologie entsprechen einerseits den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) und nutzen andererseits die vorhandenen Freiräume für eine individuelle Profilbildung, welche das Forschungs- und das Praxiskonzept der PHB unterstützt und die durch folgende Stichworte im Selbstbericht beschrieben werden:

- „Scientist Practitioner“-Ansatz als Leitbild von praxisorientiert arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und wissenschaftlich fundiert arbeitenden Praktikerinnen und Praktikern

- Anwendungsorientierung in der grundständigen Ausbildung, Anwendungsvertiefung in den ausbildungs- oder berufsbegleitenden Studiengängen
- Integration der Grundlagenvertiefung in anwendungsorientierte Module, um die Bedeutung der Grundlagenfächer für alle Anwendungsfelder herauszustellen
- Breiter Überblick über eine Vielfalt von psychologischen Tätigkeitsfeldern
- Vermittlung aller wissenschaftlich anerkannten Psychotherapieverfahren
- Vermittlung schulenübergreifender therapeutischer Ansätze mit Öffnung für verfahrens- und schulenübergreifende Sichtweisen
- Exemplarische Vertiefung einzelner Anwendungsfelder im Masterstudium Psychologie (derzeit Klinische Psychologie und Psychotherapie, Psychologie der Arbeit und Gesundheit, Rechtspsychologie)
- Berücksichtigung von berufspraktischen, juristischen und ethischen Grundlagen psychologischer Tätigkeit in Studium, Forschung und Lehre
- Vermittlung von Kompetenzen zur Wissenschaftskommunikation, um wissenschaftliche Erkenntnisse sowohl innerhalb der scientific community als auch in der Experten-Laien-Kommunikation adressatengerecht vermitteln zu können.

b) Studiengangsspezifische Bewertung

Studiengang 01 „Rechtspsychologie“

Sachstand

Gemäß § 2 SPO-MA RePsy sind für den Masterstudiengang folgende Ziele definiert:

„[...]“

2. Der Masterstudiengang Rechtspsychologie soll eine fundierte wissenschaftliche und praxisorientierte Qualifikation für psychologische Tätigkeiten im Bereich des Rechtswesens vermitteln.

3. Durch eigene Projekte und Vorträge werden die Studierenden dieses Studienganges zu selbständiger wissenschaftlicher Tätigkeit angeregt.

4. Studierende erwerben vertiefte Kenntnisse in rechtspsychologischen Theorien und Methoden, Kenntnisse in den Grundlagen relevanter Bezugsfächer sowie Kenntnisse rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen. Durch berufspraktische Tätigkeit und Fallseminare erfolgt eine praktische Einübung der erworbenen Kenntnisse.“

In ihrem Selbstbericht weist die PHB zudem darauf hin, dass auf das bereits im vorangegangenen Master- oder Diplomstudium erworbene Wissen in Diagnostik, Forschungsmethoden, den Grundlagenfächern und Klinischer Psychologie aufgebaut wird. Dieses soll um genuin rechtspsychologische und rechtliche Inhalte erweitert und das gesamte Wissen auf rechtspsychologische Fragestellungen angewandt werden.

Je nach Schwerpunktwahl qualifiziert das Studium laut Hochschule für eine Sachverständigentätigkeit im Bereich der aussagepsychologischen Begutachtung, der familienrechtspsychologischen Begutachtung oder für eine Tätigkeit im Straf- oder Maßregelvollzug.

Bewertung: Stärken und Entwicklungsbedarf

Die Qualifikationsziele und angestrebten Lernergebnisse sind klar und stringent formuliert, in den einschlägigen Ordnungen nachvollziehbar abgebildet und im Modulhandbuch sowie auf der Website der PHB veröffentlicht. Sie entsprechen nach Einschätzung der Gutachter:innen der Realität des Berufsmarkts im Bereich der forensisch-psychologischen Begutachtung in den wählbaren Schwerpunktbereichen (aussagepsychologische Begutachtung, familienrechtspsychologische Begutachtung, Straftäterbegutachtung und –behandlung). Durch die Verbindung von theoretischen Studieninhalten mit praxisorientierten Fallseminaren und begleitenden Praxisphasen wird die Handlungskompetenz der Studierenden in allen relevanten Kompetenzbereichen substantiell erweitert, die Vorbereitung auf die Berufspraxis adäquat umgesetzt.

Aufgrund der didaktischen Methodenvielfalt mit einem hohen Reflexionsanteil forensisch-psychologischen Handelns leistet der Studiengang zudem einen bedeutsamen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden. Durch extracurriculare Angebote (z.B. Winter School) werden Aktualität und Breite der im Studiengang vermittelten Inhalte über die Berufspraxis gewährleistet.

Die im Studiengang vermittelten Kenntnisse und Kompetenzen korrespondieren mit den theoretischen Voraussetzungen für die Weiterbildung zum Fachpsychologen bzw. zur Fachpsychologin für Rechtspsychologie (BDP/DGPs).

Insgesamt erfüllt der Studiengang aus Sicht der Gutachter:innen die Anforderungen des Qualifikationsrahmens für deutsche Hochschulabschlüsse der Masterebene gemäß Beschluss der KMK.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

Studiengang 02 „Psychologie: Rechtspsychologie“

Sachstand

Gemäß § 2 SPO-MA Psy:RePsy baut der Masterstudiengang auf Grundlagenwissen der Psychologie auf, welches in einem B.Sc.-Studiengang erarbeitet wurde. Dieses Wissen soll im Studium so vertieft und ergänzt werden, dass die Studierenden befähigt werden, komplexe Probleme aus verschiedenen Feldern der Psychologie zu analysieren, diagnostische Ansätze sowie Modelle der Gestaltung, Prävention und Intervention im forensisch-psychologischen Bereich zu entwickeln und diese mit wissenschaftlichen Methoden sachgerecht und kritisch zu analysieren, zu evaluieren sowie Lösungsmöglichkeiten zu finden und abzuwägen.

Das Studium soll insbesondere dazu befähigen:

- komplexe statistische und diagnostische Verfahren sicher anzuwenden und auf den jeweiligen Anwendungskontext übertragen zu können (Methodenkompetenz),
- gutachterliche Fragestellungen mit rechtspsychologischem Bezug auf der Basis einer eigenen Anamnese, umfassender diagnostischer Befunde und weiterer relevanter Informationen zu bearbeiten (Analyse- und Bewertungskompetenz),
- Wissen über rechtspsychologische Zusammenhänge zu nutzen, um eine erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen zu gewährleisten (Umsetzungskompetenz),
- zentrale rechtspsychologische Themen in verschiedenen Kontexten zielführend und überzeugend zu kommunizieren (Kommunikationskompetenz),
- neue Erkenntnisse im Bereich Rechtspsychologie nach wissenschaftlichen und ethischen Standards zu erzeugen und deren Ergebnisse adressatengerecht zu kommunizieren (wissenschaftliche Kompetenz),
- wissenschaftliche Ergebnisse in die eigene rechtspsychologische Tätigkeit zu integrieren und berufsethische Prinzipien im rechtspsychologischen Handeln zu berücksichtigen,
- aktiv und interdisziplinär mit den verschiedenen im Rechtssystem tätigen Berufsgruppen zu kommunizieren und patientenorientiert zusammenzuarbeiten,
- spezifische berufspraktische Kompetenzen zu erwerben und eigenständig für die Fort- und Weiterbildung im Kontext der Rechtspsychologie zu nutzen.

Der Masterabschluss qualifiziert für den Einstieg in eine rechtspsychologische Tätigkeit, ggfs. unter Supervision. Zudem erfüllt der Masterstudiengang die Empfehlungen der DGPs und des BDP an psychologische Masterstudiengänge und beinhaltet die Kernbereiche Forschungsmethoden und Diagnostik sowie vertieft das Wissen um psychologische Grundlagen und deren Anwendung. Der

Abschluss erlaubt es den Absolvent:innen somit, sich als Psycholog:ine zu bezeichnen, qualifiziert für vielfältige psychologische Tätigkeiten sowie für die Aufnahme einer Tätigkeit in der Wissenschaft.

Der Studienabschluss eröffnet darüber hinaus Studierenden mit einem geeigneten Bachelorabschluss den Zugang zu einer psychotherapeutischen Approbationsausbildung nach alter Ausbildungsordnung.

Bewertung: Stärken und Entwicklungsbedarf

Die Qualifikationsziele und angestrebten Lernergebnisse sind auch für diesen Studiengang klar und stringent formuliert, in den einschlägigen Ordnungen nachvollziehbar abgebildet und im Modulhandbuch sowie auf der Website der PHB veröffentlicht. Durch die gleichermaßen anwendungs- wie forschungsorientierte Ausrichtung des Studiengangs werden die Studierenden für den Einstieg in die forensisch-psychologische Praxis und/oder eine einschlägige wissenschaftliche Tätigkeit befähigt. Durch die Verbindung von theoretischen und berufspraktischen Studieninhalten mit begleitenden Praxisphasen wird die Handlungskompetenz der Studierenden in allen relevanten Kompetenzbereichen substantiell erweitert, die Vorbereitung auf die Berufspraxis adäquat umgesetzt. Aufgrund der didaktischen Methodenvielfalt mit einem hohen Reflexionsanteil forensisch-psychologischen Handelns leistet der Studiengang zudem einen bedeutsamen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden.

Insgesamt erfüllt der Studiengang die Anforderungen des Qualifikationsrahmens für deutsche Hochschulabschlüsse der Masterebene gemäß Beschluss der KMK.

Bei dem steigenden Bedarf an rechtspsychologischer Expertise im Bereich der forensisch-psychologischen Begutachtung und Intervention schließt das Studienangebot eine bestehende Marktlücke. Dies wird von den Gutachter:innen besonders gelobt.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

2.2 Schlüssiges Studiengangskonzept und adäquate Umsetzung (§ 12 MRVO)

2.2.1 Curriculum ([§ 12 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 und 5 MRVO](#))

Studiengangsspezifische Bewertung

Studiengang 01 „Rechtspsychologie“

Sachstand

Der postgraduale Studiengang baut auf den in einem ersten psychologischen Masterstudiengang erworbenen Qualifikationen auf. Im Studiengang wird eine Einführung in alle rechtspsychologischen Tätigkeitsfelder gegeben. Zwei Anwendungsfelder werden durch eine vertiefende Behandlung einschließlich zugehöriger Fallstudien exemplarisch weitergeführt. Wegen der Bedeutsamkeit familienrechtspsychologischer Fragestellungen in der Praxis besteht dabei auch die Möglichkeit, zwei Vertiefungsschwerpunkte in diesem Bereich zu studieren. Es gibt auch das Angebot, freiwillig zusätzliche Vertiefungsmodule zu studieren, um die eigenen beruflichen Möglichkeiten zu erweitern.

Im breit gehaltenen und über zwei Semester unterrichteten Modul 1 werden dabei die wesentlichen Arbeitsfelder von Rechtspsycholog:innen, nämlich einerseits die Begutachtung von Schuldfähigkeit und Kriminalrückfallprognose sowie die Behandlung von Straftätern im Straf- und Maßregelvollzug, andererseits die Sachverständigentätigkeit in der aussagepsychologischen Begutachtung sowie der familienrechtspsychologischen Begutachtung bei Trennung und Scheidung behandelt.

Im Modul 2 (Grundlagen relevanter Bezugsfächer) werden ebenfalls über zwei Semester die rechtlichen Grundlagen der rechtspsychologischen Tätigkeit sowie die Grundlagendisziplinen Kriminalpsychologie und Kriminologie behandelt. Es folgen kriminalpsychologisch relevante Inhalte der Klinischen Psychologie (Psychopathologie), Entwicklungspsychologie sowie relevante Inhalte der Familienpsychologie (Trennung, Scheidung, Hochkonfliktgefährdung, Kindeswohlgefährdung) sowie Struktur und Angebote des Jugendhilfesystems. Diese Inhalte werden in dem einsemestrigen Modul 3 in zwei (aus vier) von den Studierenden selbst gewählten Schwerpunkten weiter vertieft.

Im Modul 4 (Fallseminare) haben die Studierenden die Möglichkeit, anhand eigener Gutachtenfälle die praktische Tätigkeit der Begutachtung unter qualifizierter Anleitung durch erfahrene Sachverständige einzuüben und zu vervollkommen. Das Modul 5 ist ein dreimonatiges Berufspraktikum, in dem die Studierenden Gelegenheit haben, die praktische Arbeit in der Rechtspsychologie in einem spezifischen Arbeitsgebiet (wie Begutachtung, Vollzug, Maßregelvollzug) konkret kennenzulernen. Im Modul 6 (Masterarbeit und Kolloquium) können die Studierenden entweder eine empirische Studie durchführen oder eine gutachtenbasierte Masterarbeit auf der Grundlage von zwei eigenen Sachverständigengutachten anfertigen.

Der Studiengang wird nach Möglichkeit parallel zu einer beruflichen Tätigkeit in rechtspsychologischen Tätigkeitsfeldern studiert. In jedem Fall sind 450 Stunden berufspraktische Tätigkeit zu absolvieren. Auf der Basis eines von der Praxisstelle bestätigten Praxisberichts wird die erfolgreiche Praxistätigkeit bestätigt und werden die entsprechenden ECTS-Punkte vergeben. Um die Qualität der Praxiserfahrungen zu sichern, wurden Kooperationsvereinbarungen mit Praxiseinrichtungen abgeschlossen.

Als Lehr- und Lernformen kommen interaktive Veranstaltungsformen, praxisbezogene Übungen (Explorationen mit Simulationsprobanden; Fallvorstellungen durch Studierende etc.) und Fallseminare zum Einsatz. Eine ergänzende Unterstützung der Lehre durch unterschiedliche Formen des blended learning wird laut PHB in begrenztem Maß genutzt.

Bewertung: Stärken und Entwicklungsbedarf

Der seit 2015 erfolgreich laufende Studiengang hat das Ziel, Studierende, die bereits ein Diplom oder einen Master of Science im Fach Psychologie erworben haben, auf eine praktische Tätigkeit im Bereich der Rechtspsychologie vorzubereiten. Das Curriculum umfasst nach Einschätzung des Gutachtergremiums alle dafür wesentlichen Bereiche der Rechtspsychologie (mit Ausnahme des eher randständigen Gebietes der Polizeipsychologie) und ist damit adäquat aufgebaut. Während im ersten Studienjahr der Fokus auf der Wissensvermittlung liegt, tritt im zweiten Studienjahr mit der praktischen Tätigkeit und der (oft gutachtenbasierten) Masterarbeit die eigene praktische Arbeit unter fachkundiger Anleitung in den Vordergrund.

Die jeweiligen Inhalte werden von hervorragend qualifizierten Dozent:innen vermittelt. Bei der Vor-Ort-Begehung konnte das Gutachtergremium (auch) durch das Gespräch mit den Studierenden den Eindruck von einem hoch motivierten Lehrendenteam gewinnen, das insbesondere in den Schwerpunkten „Aussagepsychologische Begutachtung“ und „Familienrechtspsychologische Begutachtung“ durch hervorragende Fachkompetenz und außerordentliches Motivierungspotential das Studium trägt. Im Bereich der kriminalpsychologischen Vertiefung regt das Gutachtergremium eine evaluationsbasierte Optimierung der Modulkoordination bei der Umsetzung der ansonsten in sich schlüssigen curricularen Inhalte an.

Die Studiengangsbezeichnung stimmt mit den Inhalten überein und der gewählte Abschlussgrad ist inhaltlich passend. Die eingesetzten Lehr- und Lernformen sind vielfältig und den Gegenständen angemessen.

Insgesamt erfüllt der Studiengang damit sehr gut das gesetzte Ziel, die Studierenden auf eine praktische Tätigkeit im Bereich der Rechtspsychologie, in der Regel zunächst unter Supervision, vorzubereiten.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

Studiengang 02 „Psychologie: Rechtspsychologie“

Sachstand

Der Studiengang baut auf den in einem psychologischen Bachelorstudiengang erworbenen Qualifikationen auf. Die Studienfächer des Bachelorstudiengangs werden als Basis für das Masterstudium gefordert und weitergeführt, insbesondere mit den Gebieten Allgemeine Psychologie, Psychologische Methodenlehre, Persönlichkeitspsychologie, Entwicklungspsychologie, Sozialpsychologie, Psychologische Diagnostik, Klinische Psychologie.

Die psychologischen Methoden umfassen die beiden Module Forschungsmethoden und Evaluation sowie Psychologische Diagnostik und Begutachtung mit jeweils 10 ECTS-Punkten. Im Modul 3 ist eine Vertiefung der Grundlagenfächer (Sozialpsychologie, Entwicklungspsychologie, Allgemeine Psychologie, Diagnostik, Methoden) im Umfang von 10 ECTS-Punkten vorgesehen, und im Modul 4 Klinische Psychologie die Beschäftigung mit Psychischen Störungen und Therapeutischen Verfahren (12 ECTS-Punkten).

Die rechtspsychologischen Inhalte werden in den Modulen 5 Rechtspsychologische Anwendungsgrundlagen (12 ECTS-Punkten) und 6 Rechtspsychologisch relevante Bezugsfächer (8 ECTS-Punkten) vermittelt. Diese Module sind identisch mit den Modulen 1 und 2 des Masterstudienganges „Rechtspsychologie“ (M.Sc.). Zusätzlich enthält das Modul 7 Rechtspsychologische Forschungsvertiefung und Projektstudium eine Überblicksvorlesung, die vor allem Grundlagenwissenschaftliche Kenntnisse der Rechtspsychologie (wie Urteilsbildung, falsche Geständnisse, Personenidentifizierung, Kriminalitätsfurcht etc.) ermitteln soll, die die Inhalte der Module 5 und 6 ergänzen.

Weiterhin wird in der Vorlesung ein Überblick über spezifische Methoden der Rechtspsychologie gegeben, wie z.B. Aktenanalysen oder Vignettenstudien. Neben der Vorlesung enthält das Modul eine Projektarbeit, in der Studierende die Möglichkeit haben, in Forschungsprojekten der PHB aktiv mitzuarbeiten und sich in Vorbereitung auf die eigene Masterarbeit mit der Konzeption und Durchführung einer empirischen Studie zu beschäftigen und so auch weiter für eine Forschungstätigkeit zu qualifizieren.

Der Erweiterung praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten dient das Praktikumsmodul 8 mit einem Umfang von 600 Stunden. Auf der Basis eines von der Praxisstelle bestätigten Praxisberichts wird die erfolgreiche Praxistätigkeit bestätigt und werden die entsprechenden ECTS-Punkte vergeben.

Um die Qualität der Praxiserfahrungen zu sichern, wurden Kooperationsvereinbarungen mit Praxis-einrichtungen abgeschlossen.

Für die Masterarbeit führen die Studierenden eine wissenschaftliche, in der Regel empirische, Studie durch..

Als Lehr- und Lernformen kommen laut Selbstbericht interaktive Veranstaltungsformen zum Einsatz sowie in begrenztem Maß blended learning Formen.

Bewertung: Stärken und Entwicklungsbedarf

Während sich der postgraduale Masterstudiengang (s.o.) vor allem an Studierende richtet, die bereits einen Master- oder Diplomabschluss im Fach Psychologie erworben haben und im Feld der Rechtspsychologie tätig sind oder werden wollen, besteht die Zielgruppe des konsekutiven Masterstudiengangs „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.) aus Studierenden mit einem Bachelorabschluss im Fach Psychologie, die sich schwerpunktmäßig mit der Rechtspsychologie beschäftigen wollen und sich auch die Möglichkeit zur Approbation als Psychologischer Psychotherapeut:in im Rahmen der Übergangsregelung offenhalten wollen. Inhaltlich vermittelt der Studiengang nach Einschätzung der Gutachter:innen dafür mit neben den für die Psychologie zentralen Kenntnissen in psychologischer Methodik schwerpunktmäßig rechtspsychologische und ergänzend klinisch-psychologische adäquate Kenntnisse. Der Umfang klinischer ECTS-Punkte erlaubt eine spätere Weiterbildung zur/m Psychologischen Psychotherapeut:in nach der alten Approbationsordnung. Auch die Lehr- und Lernformen sind ausreichend vielfältig und auf die Inhalte abgestimmt.

Wenn Absolvent:innen des Studienganges den Wunsch haben, sich in der Rechtspsychologie weiter zu qualifizieren, können sie den zweiten Teil des postgradualen Studienganges studieren und so ihre Ausbildungsdauer für Master und spezifische Weiterbildung als Rechtspsycholog:innen um etwa ein Jahr verkürzen. Ein Modell, dass vom Gutachtergremium gelobt wird.

Die Studiengangsbezeichnung stimmt mit den Inhalten überein und der gewählte Abschlussgrad ist inhaltlich passend. Die Benennung des Studienganges ist im Deutschen und im Englischen allerdings unterschiedlich. Statt der Doppelpunktkonstruktion erscheint es den Gutachter:innen konsistenter und nachvollziehbarer, die Bezeichnung „Psychologie mit dem Schwerpunkt Rechtspsychologie“ zu verwenden.

Der Studiengang kommt dem Bedürfnis der Studierenden nach einem konsekutiven Masterstudiengang Rechtspsychologie im direkten Anschluss an das Bachelorstudium entgegen. In den unterrichteten Modulen ist der Anteil an rechtspsychologischen Inhalten mit 28 ECTS-Punkten relativ hoch. Diese können durch die Wahl eines rechtspsychologisch orientierten Praktikums und einer entsprechenden Masterarbeit um weitere 50 ECTS-Punkten ergänzt werden. Praktikum und Masterarbeit können aber auch in Bereichen außerhalb der Rechtspsychologie absolviert werden. Vor allem in

der Übergangszeit, in der noch die Approbation zum Psychologischen Psychotherapeuten nach der alten Approbationsordnung angestrebt werden kann, kommt es den Studierenden sicherlich entgegen, dass das Modul 4 Klinische Psychologie diese Weiterqualifikation erlaubt.

Während der Studiengang einen hohen Anteil an spezifisch rechtspsychologischen und einen substanziellen Anteil an Klinisch-psychologischen Inhalten bietet, kommen die klassischen Grundlagenfächer (Sozial-, Entwicklungs-, Persönlichkeits- und Allgemeine Psychologie) und die anderen Anwendungsfächer der Psychologie (vor allem die Pädagogische Psychologie sowie Arbeits- und Organisationspsychologie) sehr kurz. Die Vertiefung der Grundlagenfächer ist lediglich im Umfang von 10 ECTS-Punkten vorgesehen. Damit genügt der Studiengang zwar den formalen Anforderungen der DGPs an einen Allgemeinen Masterstudiengang Psychologie, es wäre aus Sicht des Gutachtergremiums jedoch wünschenswert, dass die Studierenden eines Master Psychologie mit dem Schwerpunkt Rechtspsychologie die Möglichkeit hätten, etwas mehr von der Breite der Psychologie vermittelt zu bekommen. Andererseits erscheint das Praktikum mit 600 Stunden (15 Wochen) extrem lang. Obwohl die Intention, den Studierenden relevantes Praxiswissen zu vermitteln, durchaus nachvollziehbar und lobenswert ist, haben die Gutachter:innen empfohlen, einen Teil dieser ECTS-Punkte für Grundlagen und Anwendungsfächer jenseits der Methoden, Rechtspsychologie und Klinischen Psychologie umzuwidmen. Die Studiengangsleitung ist dieser Empfehlung direkt im Anschluss an die Vor-Ort-Begehung in einem ersten Schritt nachgekommen und hat sie vorerst dergestalt berücksichtigt, dass das Praktikum um 1 ECTS-Punkt (30 Stunden) reduziert wurde und der frei gewordene ECTS-Punkt nun zur Erhöhung des Umfangs des Moduls 7 genutzt wird.

Für Studierende ist es erfahrungsgemäß nicht immer einfach, einen geeigneten Praktikumsplatz zu finden. Es existiert an der PHB bereits ein Netzwerk von kooperierenden rechtspsychologischen Praxen und vertraglich geregelte Kooperationen mit Klinisch-Psychologischen Praktikumsgebern. Da die Studierenden des vorliegenden Studienganges aber durchaus breiter gestreute berufliche Ziele haben können, als die Tätigkeit von psychologischen Sachverständigen, würde es ihnen entgegenkommen, wenn das Netzwerk potenzieller Praktikumsgeber inhaltlich und quantitativ ausgebaut würde, z.B. im Bereich Strafvollzug oder anderen Einrichtungen, die mit Straftätern arbeiten.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

Das Gutachtergremium gibt folgende Empfehlungen:

- Der deutsche Studiengangstitel sollte mit der englischen Bezeichnung parallelisiert werden und daher lauten „Psychologie mit dem Schwerpunkt Rechtspsychologie“.

- Der Umfang des Praktikums sollte substantiell reduziert werden (z.B. auf 450h). Die dadurch freiwerdenden ECTS-Punkte sollten in inhaltliche Grundlagen oder Anwendungsfächer fließen (andere als Rechtspsychologie, Klinische Psychologie, Methoden).
- Das Netzwerk der Kooperationspartner sollte in der Anzahl und thematischen Breite ausgeweitet werden. Diese Informationen sollten dann auch zugänglich gemacht werden.

2.2.2 Mobilität [\(§ 12 Abs. 1 Satz 4 MRVO\)](#)

Studiengangübergreifende Aspekte

Sachstand

Die Anerkennung von Studienleistungen und ECTS-Punkte entsprechend der Lissabon-Konvention ist obligatorisch. Zudem nimmt die PHB am ERASMUS-Austauschprogramm teil. Für die Beratung von Studierenden, beispielsweise für externe Praktikumsmöglichkeiten, stehen die Studienberatung und unser ERASMUS-Beauftragter zur Verfügung.

Laut Selbstbericht wird eine außerdeutsche Mobilität allerdings durch die inhaltliche Strukturierung des Studiums erschwert, die wiederum durch Spezifika der in Deutschland angebotenen psychologischen Studiengänge vorgegeben ist.

Als Alternative zu einer aus den genannten Gründen schwer realisierbaren räumlichen Mobilität werden Zusatzangebote gemacht; die PHB nennt hier insbesondere die regelmäßige Online-Vortragsreihe "Vielfalt der Rechtspsychologie – Putting Science into Practice" mit internen, externen und teilweise internationalen Vortragenden. Darüber hinaus werden Studierende über internationale und nationale Tagungen und Workshops informiert und unterstützt, diese zu besuchen. Kooperationsverträge mit Einrichtungen in Georgien und der Ukraine bieten grundsätzliche Möglichkeiten für internationale Kontakte auch für Studierende.

Bewertung aller Studiengänge: Stärken und Entwicklungsbedarf

Die PHB bietet ihren Studierenden verschiedene Möglichkeiten, internationale Erfahrungen zu sammeln, was vom Gutachtergremium gelobt wird. Trotz der Teilnahme am ERASMUS-Austauschprogramm gestaltet sich die Auslandsmobilität aufgrund der spezifischen Struktur des Psychologiestudiums deutschlandweit grundsätzlich schwierig. Durch Beratungsangebote und alternative Formen der internationalen Vernetzung, wie z.B. die o.g. Online-Vortragsreihe unterstützt die Hochschule ihre Studierenden jedoch aktiv. Durch diese Angebote wird der internationale Austausch unter den gegebenen Bedingungen bestmöglich gefördert und das Netzwerk der Studierenden erweitert, auch wenn die physische Mobilität in vielen Fällen nur schwer zu realisieren ist.

Angesichts der strukturellen Herausforderungen ist ein explizites Mobilitätsfenster in den Studiengängen nicht vorgesehen. Stattdessen setzt die PHB auf alternative Maßnahmen wie die Einbindung von Gastdozierenden aus dem Ausland in die Lehrveranstaltungen, wodurch den Studierenden zumindest indirekt internationale Erfahrungen ermöglicht werden. Diese Form der Vernetzung kompensiert teilweise die fehlenden Mobilitätsfenster, ermöglicht aber freilich keine umfassenden internationalen Studienerfahrungen.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

2.2.3 Personelle Ausstattung ([§ 12 Abs. 2 MRVO](#))

Studiengangübergreifende Aspekte

Sachstand

Für die beiden Masterstudiengänge stehen folgende rechtspsychologische Lehrkapazitäten zur Verfügung:

- 0,5 VZÄ Professur Rechtspsychologie mit Schwerpunkt Aussagepsychologie: 4,5 SWS, entsprechend 135 Unterrichtseinheiten pro Jahr
- 1,0 VZÄ Professur Rechtspsychologie mit Schwerpunkt Familienrechtspsychologie: 9 SWS, entsprechend 270 Unterrichtseinheiten pro Jahr.
- 0,5 VZÄ Seniorprofessur Kriminalpsychologie: Wegen Teilbeurlaubung derzeit 28 Unterrichtseinheiten pro Jahr
- Weitere rechts- und kriminalpsychologische Lehrkapazität steht seitens des Arbeitsbereichs der neu benannten Studiengangsleitung für das Masterstudium „Psychologie: Rechtspsychologie“ mit 4 SWS zur Verfügung, davon 2 SWS durch die Professorin und 2 SWS durch eine Mitarbeiterin.
- Spezielle juristische Lehrkapazitäten werden von der Professur für Gesundheitsrecht und Ethik beigetragen (8 Unterrichtseinheiten).

Laut Selbstbericht wird für eine in einigen Jahren freiwerdende 0,5-Professur rechtzeitig eine Nachbesetzung erfolgen, die – je nach Nachfrage für den Studiengang – auch auf eine volle Stelle aufgestockt werden kann. Sobald der Masterstudiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ stärker nachgefragt wird, ist eine Erhöhung der Aufnahmekapazität bei gleichzeitiger Erhöhung der Lehrkapazität geplant.

Für alle Personalkategorien findet mindestens einmal im Jahr eine Qualitätsdiskussion statt, in der qualitative Verbesserungen in Lehre, Forschung und Administration erarbeitet werden. Im monatlich stattfindenden „Wissenschaftsteam“ werden beispielhaft Qualitätsfragen von Forschung und Lehre besprochen. Anlassbezogen, z.B. nach Vorfällen von Diskriminierung, werden Workshops zum Umgang mit derartigen Problemen angeboten.

Für den Mittelbau werden Informationen über Angebote kooperierender staatlicher Hochschulen für hochschuldidaktische Präsenz- und Online-Kurse sowie schriftliche Materialien zur Hochschuldidaktik zur Verfügung gestellt.

Bewertung aller Studiengänge: Stärken und Entwicklungsbedarf

Aus Sicht des Gutachtergremiums wird das Curriculum durch fachlich und methodisch-didaktisch qualifiziertes Lehrpersonal (vgl. hier u.a. die professorale Lehre über 50% im Studiengang „Rechtspsychologie“) umgesetzt. Die Lehre wird derzeit mehrheitlich durch hauptamtliches Lehrpersonal abgedeckt. Die strukturierten Berufungsverfahren sind nach Ansicht des Gutachtergremiums als gut zu bewerten. Die aktuellen Lehrevaluationen bzgl. des Masterstudiengangs „Rechtspsychologie“ (M.Sc.) aus dem Jahr 2023 fielen positiv aus, die Veranstaltungen wurden überwiegend als gut bis sehr gut bewertet.

Die flachen Kommunikationshierarchien zwischen Studierenden und Lehrenden wurden studierendenseits im Gespräch während der Vor-Ort-begehung positiv hervorgehoben. Gleichzeitig ließen sich Qualitätsunterschiede hinsichtlich der didaktischen Kompetenzen sowie der inhaltlichen Strukturierung mit der Folge von Redundanzen eruieren, welche sich auf externe Lehrende im Bereich Kriminalpsychologie/Straffälligenbegutachtung bezogen. Diese waren der Hochschul- und der Fachbereichsleitung bekannt, gemäß Selbstauskunft seien bereits Maßnahmen ergriffen worden, um die Qualität zu steigern (darunter gezielte Kontaktaufnahme mit den Dozierenden, geplante Übernahme eines Teils der Studieninhalte von einer der hauptamtlichen Professorinnen). Idealerweise, so eine Anregung der Gutachter:innen, sollten die inhaltlichen Schwerpunkte im Studiengang „Rechtspsychologie“ mit (hauptamtlichen) Professuren besetzt werden, was allerdings aus Sicht der Studiengangsleitung aufgrund der begrenzten Anzahl verfügbarer Studienplätze eine finanzielle Herausforderung darstellen würde.

Während der Vor-Ort-Begehung hat sich das Gutachtergremium eingehend mit der Kapazitäts- und Personalplanung beider Studiengänge befasst. Im Zuge der Einrichtung des neuen konsekutiven Masterstudiengangs mit Schwerpunkt Rechtspsychologie (Studiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“) sollen demnach nach Auskunft der Hochschule allgemeine, studiengangsübergreifende Module (bspw. Forschungsmethoden) in Synergie mit dem klinischen Masterstudiengang der PHB betrieben werden. Zudem sollen hier freie Kapazitäten für die Rechtspsychologie genutzt werden, sodass die Lehrkapazität für das erste Jahr gesichert sei (bei 20 Studierenden mit

rechtspsychologischem Profil und 40 Studierenden mit klinischem Profil zzgl. Wiederholungsteilnehmenden max. 72 Studierende). Zusätzlich wird jedoch Lehrkapazität für eine Vorlesung (2 SWS), ein Begleitseminar (2 SWS), die Betreuung der wissenschaftlichen Projektarbeit (4 SWS), die Betreuung der Masterarbeit (unbeziffert) sowie weitere spezifische Veranstaltungen benötigt. Die PHB hat auf die Hinweise des Gutachtergremiums umgehend reagiert, sodass nun für den Bereich weitere Lehrkapazität in Höhe von 4 SWS besteht. Darüber hinaus hat die Studiengangsleitung ihr Kolloquium für die Studierenden des Masterstudiengangs „Psychologie: Rechtspsychologie“ geöffnet.

Für das kommende Jahr steht eine befristete 0,5 VZÄ Mitarbeiterstelle für die Lehre im Modul 7 des konsekutiven Studiengangs „Psychologie: Rechtspsychologie“ (Rechtspsychologische Forschungsvertiefung und Projektstudium) zur Verfügung. Diese Stelle sollte auf Empfehlung der Gutachter:innen verstetigt werden, da die Professorin, der diese Mitarbeiterstelle zugeordnet ist, sich kurzfristig in die Rolle der Studiengangsleitung einfinden muss, was zeitliche Kapazitäten binden wird.

Zeitgleich mit der Begehung wurde bekannt, dass die 1,0 VZÄ Professur Rechtspsychologie mit Schwerpunkt Familienrechtspsychologie aufgrund einer anderweitigen Berufung ab dem Wintersemester 2024/25 vakant ist. Aufgrund des damit einhergehenden lehrkapazitären Verlustes erscheint dem Gutachtergremium eine Nachbesetzung zwingend erforderlich. Ein hinsichtlich der Schwerpunktbildung breit gehaltener Entwurf (familienpsychologische Begutachtung, Begutachtung von Straffälligen oder Intervention in Straf- oder Maßregelvollzug; derzeit professoral besetzter Schwerpunkt Aussagepsychologie ausgenommen) für die Ausschreibung zur Nachbesetzung der Professur für Rechtspsychologie (Lehrverpflichtung im Umfang von 9 SWS, verteilt über beide Studiengänge) wurde während der Vor-Ort-Begehung präsentiert. Im Rahmen ihrer Stellungnahme hat die PHB zudem dokumentiert, dass die Wiederbesetzung der Professur in der Sitzung des Akademischen Senats am 1.10.2024 einstimmig beschlossen wurde und die Ausschreibung erfolgt ist. Die ursprünglich vom Gutachtergremium vorgeschlagene Auflage zur verbindlichen Wiederbesetzung kann somit entfallen.

Zusammenfassend ist der postgraduale Masterstudiengang „Rechtspsychologie“ mit Schwerpunkt Begutachtung und Intervention komplett ausgelastet. Bei hinzukommenden Studierenden aus dem konsekutiven Masterstudiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ werden voraussichtlich zusätzliche/parallele Lehrveranstaltungen benötigt. Inwiefern ausreichend Lehrkapazität für diesen neuen Studiengang vorhanden ist, ließ sich zum Zeitpunkt der Begehung für das Gutachtergremium nicht eindeutig klären.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist nicht erfüllt.

Das Gutachtergremium schlägt folgende Auflagen vor:

- Für den Studiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ ist eine Kapazitäts- und Personalplanung einzureichen, aus der hervorgeht, dass die personelle Kapazität für das Lehrangebot tatsächlich ausreicht.
- Die in einigen Jahren frei werdende 0,5 Professur Rechtspsychologie mit Schwerpunkt Aussagepsychologie muss nachbesetzt werden.

Zudem gibt das Gutachtergremium folgende Empfehlungen:

- Die 0,5 VZÄ Mitarbeiterstelle sollte verstetigt sowie die aktuelle Seniorprofessur Kriminalpsychologie als volle Stelle nachbesetzt werden.

2.2.4 Ressourcenausstattung ([§ 12 Abs. 3 MRVO](#))

Studiengangsübergreifende Aspekte

Sachstand

Eine administrative Mitarbeiterin steht den beiden Studiengängen als Studiengangsorganisatorin zur Verfügung. Die Lehrveranstaltungsplanung wird von der Lehrveranstaltungsorganisation übernommen. Labortechnische Unterstützung ist laut PHB nicht erforderlich.

Den beiden Studiengängen stehen 3 Laborräume, 1 großer Hörsaal, 1 als kleiner Hörsaal nutzbarer, aber auch teilbarer Doppelseminarraum, 8 Seminarräume im Haus der Psychologie und 2 weitere Seminarräume in der Hochschulambulanz zur Verfügung.

Für Kleingruppengespräche und empirische Untersuchungen stehen ab WS 2024/25 ein Kommunikationsbereich im 5. OG, sowie nach Absprache Therapieräume der Ausbildungsambulanz zur Verfügung. Der Fachschaft wurde ein eigener Raum zugewiesen.

Software-Lizenzen stehen an der PHB zur Verfügung. Für wissenschaftliche Fragestellungen, insbesondere für empirische Masterarbeiten, werden diese auch für eine mobile Nutzung zur Verfügung gestellt. Wissenschaftliche Texte, Folien und andere Materialien werden über die Lernplattform Moodle bereitgestellt. Neben einer kleinen Präsenzbibliothek können die Studierenden sämtliche Volltexte der APA-Zeitschriften, die Präsenzangebote der staatlichen Berliner Universitäten sowie die Online- und Präsenzressourcen der Staatsbibliothek zu Berlin nutzen.

Bewertung aller Studiengänge: Stärken und Entwicklungsbedarf

Mit einem großen Hörsaal und 10 (erweiterbar auf 11) Seminarräumen liegen ausreichend räumliche Ressourcen zur Umsetzung der Hochschulvorhaben vor. Die Anzahl der Seminarräume erscheint auch im Falle einer kapazitätsbedingten Notwendigkeit der Einrichtung von Parallelveranstaltungen

adäquat. Die Räume sind klimatisiert und bieten dadurch auch an heißen Sommertagen eine angenehme und konzentrationsfördernde Arbeitsatmosphäre. Als positiv bewertet das Gutachtergremium auch, dass die räumlichen Ressourcen im „Haus der Psychologie“ bedarfsgerecht erweiterbar sind, z.B. durch die Nutzung von Räumlichkeiten in der Hochschulambulanz, welche sich in einer zumutbaren Entfernung zum Hauptgebäude befinden.

Die geplante und zum Zeitpunkt der Vor-Ort-Begehung größtenteils bereits umgesetzte bauliche Erweiterung der räumlichen Ressourcen wird seitens der Studierenden begrüßt, vor allem da hiermit auch Begegnungsflächen geschaffen werden. Bei der Vor-Ort-Begehung sind insbesondere die verschiedenen Lösungen zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen positiv aufgefallen: Ergänzend zur seitens des Hausmeisters koordinierten Möglichkeit der Nutzung freier Seminarräume stehen den Studierenden Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeiten in der Cafeteria zur Verfügung. Hierbei betonte die Hochschulleitung im Gespräch, dass nebst einer Erweiterung der Seminar- und Arbeitsräume für die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffs und die Koordination von Gruppenprojekten auch Raum für den informellen Austausch unter den Studierenden geschaffen werden sollte. Damit sollen sowohl studienzeitbezogene Lern- und Arbeitsgruppen als auch die soziale Vernetzung zwecks längerfristiger Kooperationen (i. S. eines die Karriereentwicklung und Professionalisierung unterstützenden sog. „Networking“) gefördert werden. Diesem Zweck wird der neu errichtete sog. Kommunikationsbereich nach Eindruck der Gutachter:innen vollumfänglich gerecht.

Ferner positiv zu erwähnen ist, dass die Fachschaft nun einen eigenen Raum / ein eigenes Büro im „Haus der Psychologie“ innehat, wodurch die Präsenz und Ansprechbarkeit vor Ort gewährleistet ist, was seitens der Studierenden positiv bewertet wird.

Bei der geplanten aufzunehmenden Studierendenanzahl (maximal 42 Studierende pro Jahr über beide Studiengänge hinweg) wird die Studiengangsorganisation mit der vorgesehenen, vollzeitig beschäftigten administrativen Mitarbeiterin voraussichtlich hinreichend bewältigbar sein.

Die Ausstattung der Bibliothek erscheint bedarfsgerecht. Die Bereitstellung von kostspieligen Ausgaben von APA-Zeitschriften unterstreicht die hochschulseitigen Bemühungen, den Studierenden Zugang zu aktueller, qualitativ hochwertiger und den neuesten wissenschaftlichen Stand repräsentierender Literatur zu ermöglichen. Über die Hochschulbibliothek hinaus steht Studierenden die Nutzung der Staatsbibliothek frei, in der Bibliotheksausweise kostenlos erworben werden können. In Ergänzung zur Präsenzliteratur können Studierende remote bzw. online auf die meisten Lektüren zugreifen. Studienveranstaltungsmaterialien werden über die Lernplattform moodle übermittelt, sodass die Vor- und Nachbereitung flexibel gestaltet werden kann.

Im Gespräch während der Vor-Ort-begehung wurde studierendenseits die mangelnde Verfügbarkeit von Lizenzen für Schreibprogramme moniert (gewünschte Bereitstellung von Microsoft Office®, bspw. Microsoft Office 365 für Studierende). Hierzu positionierte sich die Hochschule

folgendermaßen: Die Studienanforderungen (Erstellung und Bearbeitung von Textdokumenten, Tabellen und Präsentationen) lassen sich mit lizenz- und somit kostenfreien Programmen gleichwertig und in Hinblick auf die Studierenerwartungen angemessen bewältigen.

Die verfügbare Statistik-Software ist als ausreichend und bedarfsgerecht zu bewerten. IBM SPSS® Statistics-Lizenzen wurden lt. Angaben der Hochschulleitung bislang über eine Gemeinschaft deutscher Universitäten realisiert. In Zukunft müssten diese zu höheren Preisen hochschul-spezifisch erworben werden, weshalb derzeit Alternativen eruiert und zeitnah umgesetzt werden sollen. Das kostenlose Statistikprogramm „R“ ist verfügbar. Zur Unterstützung von qualitativer- und Mixed Methods-Forschung könne die Software MAXQDA im Einzelfall via Laptop zur Verfügung gestellt werden. Weitere Sonderwünsche würden projekt- und bedarfsbezogen berücksichtigt.

Insgesamt erscheint der Umfang der technischen und administrativen personellen Ausstattung im Hinblick auf den Hochschulbedarf zur Unterstützung von Lehr- und Forschungsvorhaben sowie Studierendenbetreuung und -beratung angemessen. Die vorhandene und sich im Prozess der Weiterentwicklung befindende räumliche, sächliche und technische Infrastruktur der PHB bietet eine solide Basis zur Durchführung von Lehre und empirisch-experimenteller Forschung. Hierbei ist generell zu berücksichtigen, dass der Status quo bewertet wird und die Ressourcenausstattung im Rahmen der Qualitätssicherung in Abhängigkeit von der Studierendenzahl, der Entwicklung technischer Neuerungen sowie etwaiger struktureller Veränderungen fortdauernd überprüft und bei Bedarf angepasst/erweitert werden soll.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

2.2.5 Prüfungssystem [\(§ 12 Abs. 4 MRVO\)](#)

Studiengangübergreifende Aspekte

Sachstand

Die Prüfungsformen des Masterstudiengangs „Rechtspsychologie“ variieren in Abhängigkeit von den zu prüfenden Kompetenzen: Mündliche Prüfung, Klausur, Hausarbeit, Fallvorstellungen, Praxisbericht, Masterarbeit.

Im Masterstudiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ kommen mündliche Prüfung, Klausur, Präsentation oder Hausarbeit, Projektbericht und Erstellung eines wissenschaftlichen Posters mit Präsentation, Praxisbericht, Masterarbeit zum Einsatz.

Die Prüfungen werden im Anschluss und somit im unmittelbaren sachlichen Kontext der Lehrveranstaltungen des Moduls durchgeführt. Es gibt keine Modulteilprüfungen.

Es gibt jedes Semester eine Prüfungsperiode und vor Beginn des nächsten Semesters eine Nachhol- oder Wiederholungsprüfungsperiode.

Bewertung aller Studiengänge: Stärken und Entwicklungsbedarf

Im Studiengang „Rechtspsychologie“ kommt ein breites Spektrum von Prüfungsformen (Mündliche Prüfung, Klausur, Hausarbeit, Fallvorstellungen, Praxisbericht, Masterarbeit) zum Einsatz und die jeweilige Prüfungsform in den Modulen entspricht den zu prüfenden Kompetenzen der Studierenden. Im Studiengang „Psychologie: Rechtspsychologie“ werden entsprechend dem zusätzlichen Modul Projektarbeit zusätzlich ein Projektbericht und Erstellung eines wissenschaftlichen Posters mit Präsentation als Prüfungsform verwendet. Das Gutachtergremium bewertet das Prüfungssystem als modulbezogen und kompetenzorientiert und sieht eine ausreichende Varianz der eingesetzten Prüfungsformen gegeben. Auch aus Sicht der Studierenden wurden die Prüfungen im bereits erprobten Masterstudiengang „Rechtspsychologie“ in Bezug auf Organisation und Inhalt als angemessen bewertet.

Die Art der Prüfungen ist klar festgelegt und wird den Studierenden rechtzeitig kommuniziert, Hausarbeiten können zu einem selbst gewählten Zeitpunkt abgegeben werden. Mündliche Prüfung / Klausur / Masterarbeit sind anmeldungspflichtig, Studierende können sich bis eine Woche vor der Prüfung abmelden.

Es existiert ein standardisiertes Verfahren zur Beantragung von Nachteilsausgleichen durch den Prüfungsausschuss unter Beteiligung des/der Gleichstellungsbeauftragten, z.B. werden Prüfungsformen ersetzt, Bearbeitungszeiten verlängert oder die Frist für die Ableistung der Praktikumsstunden erhöht. Die Lehrenden bemühen sich, den Studierenden bei Problemen mit Prüfungsleistungen entgegenzukommen.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

2.2.6 Studierbarkeit ([§ 12 Abs. 5 MRVO](#))

Studiengangübergreifende Aspekte

Sachstand

Die PHB unterstützt nach eigenen Angaben das berufs- oder ausbildungsbegleitende Studium sowie Studieren in besonderen Lebenslagen einerseits durch das Gebührensystem und individuelle vertragliche Vereinbarungsmöglichkeiten und andererseits durch Beratungsangebote.

Das Angebot an Lehrveranstaltungen entspricht dem Studienplan und dem Modulhandbuch, das den Studierenden auf der Homepage der PHB zugänglich ist und im Infopaket, das den Studierenden zu Beginn des Studiums ausgehändigt wird, enthalten ist. Vor Semesterbeginn erhalten die Studierenden ein kommentiertes Vorlesungsverzeichnis mit Anmelde-Links und moodle-Links mit Studienmaterialien und Kommunikationsmöglichkeiten. Etwaige Änderungen, z.B. bei Erkrankung von Lehrenden, werden kurzfristig über Email-Verteiler bekanntgegeben. Neben der Studienberatung, die vor allem vor Beginn des Studiums relevant ist, gibt es eine Studienverlaufsberatung, die v.a. bei Unsicherheiten bezüglich der zu wählenden Veranstaltungen Hilfestellungen gibt. Bei Lern- und Prüfungsproblemen kann die PHB-eigene Beratungsstelle in Anspruch genommen werden.

Die Prüfungstermine samt Anmeldemöglichkeiten werden zu Semesterbeginn bekanntgegeben. Sowohl die Prüfungstermine als auch etwaige Nachhol- oder Wiederholungstermine liegen außerhalb von Veranstaltungszeiten. Prüfungstermine werden gleichmäßig auf die Fachsemester verteilt. Auf ausreichenden Abstand zwischen aufeinanderfolgenden Prüfungsterminen innerhalb einer Prüfungsphase wird geachtet.

Eine Workloaderhebung erfolgt routinemäßig im Rahmen der Veranstaltungsevaluation. Etwaige deutliche Abweichungen von den vorgegebenen Workloadwerten führen zu einer Anpassung des Studienplans oder der Anforderungen in der Lehrveranstaltung.

Bewertung aller Studiengänge: Stärken und Entwicklungsbedarf

Die PHB legt, so der auch aus den Gesprächen gewonnene Eindruck der Gutachter:innen, großen Wert darauf, die Studierbarkeit ihrer Studiengänge durch gezielte Maßnahmen zu unterstützen, insbesondere für berufsbegleitend oder in besonderen Lebenslagen Studierende. Das bestehende Gebührensystem sowie die Möglichkeit zu individuellen vertraglichen Vereinbarungen bieten dabei eine flexible Grundlage, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Studierenden gerecht zu werden.

Das Angebot an Lehrveranstaltungen entspricht dem Studienplan und dem Modulhandbuch, die beide den Studierenden zugänglich sind und eine verlässliche Orientierung bieten. Vor Semesterbeginn wird ein kommentiertes Vorlesungsverzeichnis mit allen relevanten Informationen und Links zur Anmeldung sowie zu den Moodle-Materialien bereitgestellt, was zur Planungssicherheit beiträgt.

Die Organisation des Studienbetriebs ist darauf ausgelegt, eine weitgehende Überschneidungsfreiheit von Lehrveranstaltungen und Prüfungen zu gewährleisten. Prüfungstermine werden zu Semesterbeginn bekanntgegeben und sind so angesetzt, dass sie außerhalb der Veranstaltungszeiten liegen und gleichmäßig über die Fachsemester verteilt sind. Es wird darauf geachtet, dass zwischen den Prüfungsterminen ausreichend Abstand besteht, um den Studierenden genügend Vorbereitungszeit zu geben. Diese sorgfältige Planung trägt wesentlich zur Studierbarkeit bei und minimiert Stressfaktoren, die durch enge Prüfungsabfolgen entstehen könnten.

Ein weiteres Merkmal, das die Studierbarkeit stärkt, ist die routinemäßige Workloaderhebung im Rahmen der Lehrveranstaltungsevaluation. Diese regelmäßige Überprüfung stellt sicher, dass der Arbeitsaufwand für die Studierenden plausibel und der Prüfungsbelastung angemessen bleibt.

Positiv hervorzuheben ist auch die enge Verbindung zwischen praktischer Tätigkeit und den theoretischen Inhalten der Seminare. Diese Integration wird als besonders gelungen angesehen und unterstützt die Studierenden dabei, das Gelernte direkt in der Praxis anzuwenden, was den Lernerfolg nachhaltig fördert.

Die Unterstützung durch die PHB bei der Praktikumssuche, obwohl in einigen Fällen noch ausbaufähig, trägt ebenfalls zur Studierbarkeit bei, insbesondere durch die Anrechnung beruflicher Tätigkeiten als Praktikumsstunden.

Um die gute Studierbarkeit noch weiter zu erhöhen, regt das Gutachtergremium an, die bestehenden Herausforderungen bei der Suche nach geeigneten Praktikumsstellen, insbesondere in Berlin, durch eine verbesserte Aktualisierung der Liste der Praxispartner anzugehen. Auch die Schaffung fester Kooperationsplätze, etwa mit dem Berliner Justizvollzug, könnte hier Abhilfe schaffen und der Praktikumssuche zuträglich sein.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die PHB durch ihre Maßnahmen einen planbaren und verlässlichen Studienbetrieb sicherstellt, der durch eine angemessene Prüfungsdichte und eine sorgfältige Organisation der Lehrveranstaltungen und Prüfungen unterstützt wird. Die Flexibilität bei der Anpassung des Workloads und die praxisnahe Ausrichtung des Studiums werden als weitere Stärken von den Gutachter:innen gelobt.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

2.2.7 Besonderer Profilanpruch ([§ 12 Abs. 6 MRVO](#))

Studiengangsspezifische Bewertung

Studiengang 01 „Rechtspsychologie“

Sachstand

Für die Zulassung zum weiterbildenden Masterstudiengang „Rechtspsychologie“ (M.Sc.) ist ein Diplom- oder Master-Abschluss in Psychologie oder ein gleichwertiger Hochschulabschluss erforderlich. Der auf diesen Abschlüssen aufbauende Studiengang hat zwar weiterbildenden Charakter und findet rechtspsychologisch-berufsbegleitend statt, fordert jedoch keine vorangehende Berufserfahrung.

Die studentische Arbeitsbelastung im weiterbildenden, auch berufsbegleitend zu absolvierenden Masterstudiengang „Rechtspsychologie“ (M.Sc.) inklusive Prüfungen ist pro Semester mit 15 ECTS-Punkten gegenüber einem Vollzeitstudium halbiert, die Regelstudienzeit verdoppelt. Den Studierenden ist es laut PHB freigestellt, ihren beruflichen Aufwand zu reduzieren. Studierende können aber auch ohne wesentliche Mehrkosten der Studiengebühren das Studium zeitlich strecken.

Besonderes Merkmal ist laut Hochschule, dass die Persönlichkeitsentwicklung in das Studium integriert, in dem kriminalpolitische Fragen sowie ethische Aspekte der Begutachtung und der Umgang mit Konfliktsituationen unter Einbezug der beruflichen Erfahrungen thematisiert werden. So können die Studierenden direkt an ihren Arbeitsalltag anknüpfen bzw. im Studium Erlerntes anwenden. Gesellschaftliches Engagement wird zudem an der PHB, u.a. auch in extracurricularen Veranstaltungen und Mitarbeitsmöglichkeiten, sehr hoch geschätzt.

Angesichts kleiner Jahrgangsguppen werden neben den allgemeinen PHB-Qualitätssicherungsmaßnahmen Qualitätsaspekte des Studiums auch im direkten Kontakt mit Lehrenden und der Studiengangsleitung im Rahmen der speziell auf die Bedarfe der berufsbegleitend Studierenden abgestimmten Blockveranstaltungen thematisiert. In den Evaluationen wird laut PHB ein besonderes Augenmerk auf den Workload gelegt.

Bewertung: Stärken und Entwicklungsbedarf

Das Arbeitsvolumen des Studiengangs ist dem Konzept eines berufsbegleitend zu studierenden Studiengangs angepasst. Die Studienorganisation und das didaktische Konzept des Studiengangs sind insbesondere durch die Blockphasen an Wochenenden auf die spezifischen Belange der Zielgruppe zugeschnitten und lassen sich so gut mit einer Berufstätigkeit verbinden. Auch nicht vor Ort (in Berlin) lebende Studierenden können das Studienangebot gut wahrnehmen. Im Gespräch mit den Studierenden wurde deutlich, dass es zwar durchaus zu Arbeitsspitzen kommen kann, der Studiengang aber ohne Probleme in der Regelstudienzeit absolviert werden kann und u.U. sogar mit einer Vollzeitstelle zu bewältigen ist.

Als besonders zuträglich wird in diesem Zusammenhang gesehen, dass die berufliche Tätigkeit z.B. im Rahmen des Praktikums oder der Masterarbeit anerkannt werden kann, wenn eine klar erkennbare rechtspsychologische Ausrichtung vorliegt. Die Studierenden wie die Gutachter:innen loben insgesamt die sich u.a. auf diese Weise ergebenden Synergien zwischen Studium und Beruf. Auch die Einbindung von Personen aus der Praxis, etwa über gesonderte Lehrveranstaltungen oder Exkursionen, wird positiv bewertet.

Die Arbeitsbelastung sowie die Studienorganisation werden den Bewerber:innen sowie den Studierenden auf der Website des Studiengangs sowie in den Studiengangsdokumenten transparent gemacht.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

2.3 Fachlich-Inhaltliche Gestaltung der Studiengänge (§ 13 MRVO): Aktualität der fachlichen und wissenschaftlichen Anforderungen ([§ 13 Abs. 1 MRVO](#))

Studiengangsübergreifende Aspekte

Sachstand

Die fachlich-inhaltliche Gestaltung und die methodisch-didaktischen Ansätze des Curriculums werden jedes Semester informell bei der Planung von Lehraufträgen und der Ausformulierung des kommentierten Vorlesungsverzeichnisses studiengangsintern diskutiert.

Die Adäquanz der Studieninhalte und -anforderungen wird durch Abstimmungen mit dem Fachkollegium der föderativen Weiterbildung Rechtspsychologie sowie durch regelmäßige Kontakte mit den Fachorganisationen der Deutschen Gesellschaft für Psychologie und des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen sichergestellt. Dies gilt in analoger Weise auch für die nicht-rechtspsychologischen Fächer des Psychologiestudiums.

Das Kollegium ist in nationale und internationale Forschungskooperationen eingebunden. Die Professorinnen und Professoren sind Mitglieder in nationalen und internationalen Fachverbänden und haben diese teilweise repräsentiert; auf diese Weise finden der nationale und internationale fachliche Diskurs sowie aktuelle Forschungsthemen Eingang in das Studium. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Studierende können Zuschüsse zu Reisen zu nationalen und internationalen Tagungen und Kongressen vom Förderverein der PHB erhalten. Semesterweise Lehrdeputationsreduktionen zwecks Forschungsintensivierung können nach Absprache mit der Studiengangsleitung durch Umverteilung der Lehrbelastung erarbeitet werden.

Die beteiligten Professor:innen sowie eingeladene wissenschaftliche Expert:innen haben eigene thematisch relevante (Drittmittel-)Forschungsprojekte sowie Begutachtungsaufträge, deren Bearbeitung sowie deren Ergebnisse in die Lehre einfließen. Lehrbeauftragte aus der Praxis garantieren die Praxisrelevanz der Lehrinhalte.

Bewertung aller Studiengänge: Stärken und Entwicklungsbedarf

Aktualität und Adäquanz der fachlichen und wissenschaftlichen Anforderungen sind nach Einschätzung der Gutachter:innen vollumfänglich gegeben. Die Lehrenden sind überwiegend (inter-)national ausgewiesene Expert:innen in Forschung und Praxis und in (inter-)nationale Wissenschaftsorganisationen, Verbände sowie Forschungs- und Praxisnetzwerke eingebunden. Durch ihre Publikationen

partizipieren sie am nationalen und internationalen Wissenschaftsdiskurs und gewährleisten damit die Aktualität der Lehre.

Dass Lehrveranstaltungen durch derart renommierte Fachvertreter:innen konzipiert, betreut und begleitet werden, stellt eine besondere Stärke des Studienangebots dar. Durch die Einbindung in (inter-)national anerkannte Forschungsprojekte der in den beiden Studiengängen Lehrenden werden Aktualität, Interdisziplinarität und methodisch-fachliche Breite der curricularen Inhalte in besonderer Weise gewährleistet.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

2.4 Studienerfolg ([§ 14 MRVO](#))

Studiengangübergreifende Aspekte

Sachstand

Formell ist die Hochschulleitung für das Qualitätswesen an der PHB zuständig. Angesichts der überschaubaren Größe der Hochschule werden Qualitätsaspekte unter Beteiligung aller Statusgruppen (im Akademischen Senat) bzw. aller Mitarbeiter:innen (im sog. Großen Team) behandelt:

- Qualitätsgrundsätze wurden als Satzung vom Akademischen Senat verabschiedet.
- Mehrmals jährlich gibt es Sitzungen von Hochschul- und Studiengangsleitungen mit der Fachschaft und Jahrgangssprecherinnen und -sprechern aller Studiengänge, in denen Wünsche, Beschwerden und Verbesserungsvorschläge eingebracht werden.
- Alle Lehrveranstaltungen werden in elektronischer Form evaluiert und ausgewertet. Die Ergebnisse werden den Lehrenden, der Studiengangsleitung und der Hochschulleitung zur Verfügung gestellt, um ggf. angemessene Folgerungen und Verbesserungen abzuleiten.
- Zusätzlich zu den standardisierten Evaluationen sind die Lehrenden aufgefordert, in der Mitte und gegen Ende einer Veranstaltung mit den Teilnehmenden ins Gespräch über die Veranstaltungsgestaltung zu kommen.
- Die Evaluationsergebnisse werden einmal jährlich pro Studiengang gemittelt und veröffentlicht.
- Zusammen mit der Evaluation erfolgt eine Workloaderhebung, die entweder zu einer Veränderung der Anforderungen oder Anpassung der zu vergebenden ECTS-Punkte führen kann.

- Mindestens einmal jährlich erfolgt im “Großen Team” und im Akademischen Senat eine Diskussion über Qualitätsaspekte der Lehre, des Studienbetriebs und der Organisation.

Im “Kleinen Team” der Zuständigen für Studiengangsorganisation, Lehrveranstaltungs- und Klausurorganisation, Studienberatung und Leistungsdokumentation werden Gründe für Studienzeitverlängerung eruiert und - falls erforderlich - Maßnahmen geplant und zusammen mit den Studiengangsleitungen umgesetzt.

Bei Leistungsproblemen werden Unterstützungsangebote für einzelne Studierende (in der Studienverlaufsberatung oder in der Psychologischen Studienberatung) oder für die Studierenden insgesamt (z.B. durch Tutorien oder Klausurvorbereitung) geplant.

Bewertung aller Studiengänge: Stärken und Entwicklungsbedarf

Das Gutachtergremium bewertet das kontinuierliche, unter Beteiligung von Studierenden und Absolvent:innen stattfindende Monitoring der Studiengänge als gut. Das Monitoring umfasst einen geschlossenen Regelkreis mit regelmäßiger Überprüfung, auf dessen Grundlage Maßnahmen zur Sicherung des Studienerfolgs abgeleitet werden.

Das Gutachtergremium sieht insbesondere die Lehrveranstaltungsevaluationen und die Workload-Erhebungen als geeignete Monitoring-Maßnahmen an, empfiehlt jedoch, das Evaluationswesen auch auf den Bereich der Praktika auszuweiten, um eine hochschulseitige Qualitätssicherung sicherzustellen.

Im Gespräch mit den Studierenden konnten sich die Gutachter:innen davon überzeugen, dass die Evaluationen regelmäßig durchgeführt und die Ergebnisse in der Regel auch mit den Studierenden besprochen werden. Optimierungsbedarf sehen die Gutachter:innen bei den Rücklaufquoten zur Lehrveranstaltungsevaluation, die eher gering ausfallen. Hier sollte die Hochschule Maßnahmen ergreifen, um eine bessere Quote zu erzielen. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang z.B., dass ein Zeitslot in der Lehrveranstaltung für die Evaluation freigegeben wird, wie es bspw. bereits bei den Blockveranstaltungen im Rahmen des weiterbildenden Masterstudiengangs „Rechtspsychologie“ (M.Sc.) praktiziert wird.

Zusätzlich zu den o.g. Bemühungen finden auch regelmäßige Treffen mit der Geschäftsleitung und dem Rektorat, vor allem auf Fachschaftsebene, statt. Die Studierenden lobten dabei insbesondere, dass sich der Austausch zwischen Leitung, Lehrenden und Fachschaft sowie Mitwirkungs- und Entscheidungsbefugnisse der Fachschaft in den letzten Jahren sehr verbessert habe. Die Studierenden insgesamt fühlen sich gehört, können ihr Studium aktiv mitgestalten und Input zur Weiterentwicklung der Studiengänge geben.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

Das Gutachtergremium gibt folgende Empfehlungen:

- Das Evaluationswesen sollte auch den Bereich des Praktikums abdecken, um eine hochschulseitige Qualitätssicherung zu gewährleisten.
- Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um eine höhere Rücklaufquote bei der Lehrveranstaltungsevaluation zu erzielen.

2.5 Geschlechtergerechtigkeit und Nachteilsausgleich ([§ 15 MRVO](#))

Studiengangübergreifende Aspekte

Sachstand

Die Hochschule hat ein Diversity-Konzept verabschiedet, die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet und eine Richtlinie zum Umgang mit Diskriminierung beschlossen und in einem Workshop bearbeitet.

Die PHB hat zudem die Funktion einer/eines Gleichstellungsbeauftragten eingerichtet, derzeit in Personalunion mit einer/einem Antidiskriminierungsbeauftragten und Vertrauensperson für Schwerbehinderte. Der/die Gleichstellungsbeauftragte ist in allen Berufungskommissionen vertreten und achtet auf Geschlechtergerechtigkeit und andere Formen von Diversity. Zusätzlich gibt es eine Beschwerdestelle zur Antidiskriminierung.

Für den Nachteilsausgleich existieren PHB-Verfahrensregeln, bei denen der/die Gleichstellungsbeauftragte und der/die jeweilige Prüfungsausschussvorsitzende beteiligt sind.

Bewertung aller Studiengänge: Stärken und Entwicklungsbedarf

Im Bereich Geschlechtergerechtigkeit und Nachteilsausgleich lassen sich positive Entwicklungen seit der letzten Akkreditierung im Jahr 2020 konstatieren. Die vorliegende PHB-Leitlinie für Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion sieht vor, dass auf verschiedenen Ebenen (Forschung, Lehre, Administration) auf kulturelle, soziale und individuelle Besonderheiten geachtet wird, indem diese als Quelle von Variabilität und somit als potentielle Moderatorvariable im Rahmen der Evaluation berücksichtigt werden. Explizit wird die Berücksichtigung von Diversität bei Berufungen, Einstellungen und Zulassungen genannt und diese ressourcenorientiert definiert, als Möglichkeit der Erweiterung von patientenorientierten Kompetenzen, welche bereichsübergreifend (pädagogischer, klinischer, rechtspsychologischer Bereich usw.) den Umgang mit Minderheiten bereichern sollen.

Durch das Unterzeichnen der „Charta der Vielfalt“ positioniert sich die PHB gegen Diskriminierung und Benachteiligung und für die Akzeptanz und Förderung von Vielfalt bzgl. Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Unter der praktischen Umsetzung wird die regelmäßige und fundierte Informationsweitergabe an Mitarbeiter:innen und Studierende zum Thema subsumiert. Die PHB verfügt über eine studentische Arbeitsgruppe zum Thema Diversity, das Thema wird ferner in Einführungsveranstaltungen (zu den Bachelorstudiengängen) sowie in Drittmittel-Forschungsprojekten aufgegriffen, seit 2021 findet jährlich ein Diversity-Tag mit themenkongruenten Vorträgen statt. Konkordant zur vielfaltsfördernden Einstellung der PHB fielen bei der Vor-Ort-Begehung die in gendersensibler/-neutraler Sprache verfassten Beschilderungen auf (bspw. an den Türen zu den Sanitäranlagen).

Der Umgang mit Diskriminierung ist durch entsprechende schriftliche Vorgaben strukturiert, welche verschiedene Eskalationsstufen sowie mögliche Konsequenzen definieren. Im Rahmen der Begehung wurden praktische Beispiele und Lösungswege plastisch berichtet. Die Hochschule hat eine Beschwerdestelle zur Antidiskriminierung und themenspezifische Fortbildungen/Workshops für Lehrende etabliert.

Zur Vermeidung von Geschlechterdiskriminierung ist ein/e Gleichstellungsbeauftragte:r in jeder Kommission an der Hochschule vertreten. Berufungsausschüsse werden geschlechtergerecht besetzt.

Trotz der umfassenden Bemühungen der Hochschule zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit ist auf der Ebene der hauptberuflichen Professuren eine Überrepräsentation männlicher Personen zu erkennen. Die Hochschulleitung wies auf die trotz konsequenter Hinweise auf Frauenförderung in Ausschreibungen insgesamt geringe Bewerberinnenlage hin. Bei gleicher Qualifikation würden weibliche Bewerberinnen bevorzugt ausgewählt. Hierbei werden nach Angaben der Hochschulleitung insbesondere die Qualität der Lehre und einschlägige Praxiserfahrung als relevant betrachtet, Eltern-/Erziehungszeiten werden berücksichtigt und das akademische Alter errechnet, um Vergleichbarkeit sicherzustellen. Kürzlich sei eine öffentliche Veranstaltung („innenSicht – Frauen in der Psychologie fördern“) inkl. Podiumsdiskussion zum Thema „Weibliche Karrierepfade in der akademischen Arbeitswelt“ ins Leben gerufen worden.

Ein fachspezifisches, konzeptionell nicht zu lösendes Problem stellt die deutliche Überzahl weiblicher Studierender dar (derzeit ein Verhältnis von 4:1), während höhere Positionen in unterschiedlichen Anwendungsfelder der Psychologie überwiegend männlich besetzt sind (s.o.). Alle Beteiligten waren sich der Problemlage bewusst, diese wird mitunter in der PHB-Leitlinie thematisiert und als Bestrebung formuliert, durch die Kombination aus hochqualitativer empirisch orientierter Weiterbindung und starkem Praxisbezug sowohl die Chancen von Studentinnen für Führungspositionen zu erhöhen als auch das Interesse männlicher Studierende am Fach zu wecken. Die Organisation von

Aktionstagen, sog. „Boys‘ Days“, zielt ebenfalls auf eine gezielte Rekrutierung männlicher Studierende ab. Durch das spezifische Auswahlverfahren (Eignungsgespräch) wird einer Benachteiligung von Männern durch die alleinige Betrachtung der Abiturabschlussnote als Zugangsvoraussetzung vorgebeugt.

Über die der Geschlechtergerechtigkeit dienenden Maßnahmen hinaus verfolgt die Hochschule das Ziel, das Studium an der PHB für Studierende in besonderen Lebenslagen zugänglich zu machen. Durch eine Rampe im Eingangsbereich und Fahrstühle ist Barrierefreiheit für Menschen mit körperlichen Einschränkungen gewährleistet. Es sind verschiedene Beratungs- und Förderungsinstrumente vorgesehen, darunter standardisiertes Procedere unter der Zuständigkeit des Prüfungsausschusses zum Nachteilsausgleich in Bezug auf die Prüfungs- und Studienleistungen (bspw. durch Verlängerung der verfügbaren Zeit, Änderung der Prüfungsform, Akzeptanz von Ausgleichs-/Ersatzleistungen), wobei Lösungen flexibel und individualspezifisch erarbeitet würden. So würden trotz Anwesenheitspflicht Fehlzeiten in einem Umfang von bis zu 20% toleriert. Die Studierenden äußerten sich zufrieden mit dem vorhandenen Beratungsangebot für Abweichungen vom regulären Studienverlauf (bspw. durch Schwangerschaft, Elternschaft, Betreuungs- und/oder Pflegeaufgaben). Auf Lehrende-Ebene ist den Ausschreibungen zu entnehmen, dass Schwerbehinderte bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt werden.

Zusammenfassend sind die hochschulischen Konzepte zur Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit aus Sicht des Gutachtergremiums gut umgesetzt und weisen ein breites Weiterentwicklungspotenzial sowie eine hohe Sensibilisierung für diesen Themenbereich auf. Es lassen sich mehrschichtige Anstrengungen um die bereichsspezifische Optimierung erkennen.

Entscheidungsvorschlag

Das Kriterium ist erfüllt.

III Begutachtungsverfahren

1 Allgemeine Hinweise

Die PHB hat 9. Oktober 2024 zum vorläufigen Akkreditierungsbericht schriftlich Stellung genommen und hier verschiedene bereits ergriffene Maßnahmen erläutert sowie Hinweise zu der geplanten Umsetzung der Empfehlungen gegeben. Auf dieser Grundlage konnte die ursprünglich vorgeschlagene Auflage zur verbindlichen Wiederbesetzung der Professur Rechtspsychologie mit Schwerpunkt Familienrechtspsychologie entfallen.

2 Rechtliche Grundlagen

- Akkreditierungsstaatsvertrag
- Musterrechtsverordnung (MRVO) / Studienakkreditierungsverordnung Berlin (BInStudAkkV)

3 Gutachtergremium

3.1 Hochschullehrer:innen

- Prof. Dr. Rainer Banse, Professor für Rechtspsychologie (Universität Bonn)
- Prof. Dr. Luise Greuel, Rektorin und Professorin für Rechtspsychologie (Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen)

3.2 Vertreter:in der Berufspraxis

- Domenika Buyuklieva, Psychologische Psychotherapeutin (Vitos Haina gemeinnützige GmbH Standort Gießen)

3.3 Vertreter:in der Studierenden

- Hanna Jaha, Psychologie, B.Sc. (Universität Potsdam)

IV Datenblatt

1 Daten zu den Studiengängen

1.1 Studiengang 01 „Rechtspsychologie“ (M.Sc.)

Erfassung „Abschlussquote“⁽²⁾ und „Studierende nach Geschlecht“

Angaben für den Zeitraum der vergangenen Akkreditierung³⁾ in Zahlen (Spalten 6, 9 & 12 in Prozent-Angaben)

Semesterbezogene Kohorten	StudienanfängerInnen mit Beginn in Sem. X		AbsolventInnen in RSZ oder schneller mit Studienbeginn in Sem. X			AbsolventInnen in ≤ RSZ + 1 Sem. mit Studienbeginn in Sem. X			AbsolventInnen in ≤ RSZ + 2 Sem. mit Studienbeginn in Sem. X		
	insgesamt	davon Frauen	insgesamt	davon Frauen	Abschlussquote in %	insgesamt	davon Frauen	Abschlussquote in %	insgesamt	davon Frauen	Abschlussquote in %
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
SS 2023 ¹⁾	19	17									
WS 2022/2023											
SS 2022	19	18									
WS 2021/2022											
SS 2021 ¹⁾	22	17							1	1	
WS 2020/2021											
SS 2020	22	18	1	1		1	1				
WS 2019/2020											
SS 2019	17	17							1	1	
Insgesamt	99	87	1	1		1	1		2	2	

¹⁾ Geben Sie absteigend die Semester der gültigen Akkreditierung ein, die in Spalte 1 eingegebenen Semesterangaben sind beispielhaft.

²⁾ Definition der kohortenbezogenen Erfolgsquote: Absolvent*Innen, die ihr Studium in RSZ plus bis zu zwei Semester absolviert haben. Berechnung: „Absolventen mit Studienbeginn im Semester X“ geteilt durch „Studienanfänger mit Studienbeginn im Semester X“, d.h. für **jedes** Semester; hier beispielhaft ausgehend von den Absolvent*Innen in RSZ + 2 Semester im WS 2015/2016.

³⁾ Das gilt auch für bereits laufende oder noch nicht akkreditierte Studiengänge.

Erfassung „Notenverteilung“

Notenspiegel der Abschlussnoten des Studiengangs

Wegen der teilweise geringen Abschlusszahlen, insbesondere in der Coronazeit, und wegen der zu geringen statistischen Aussagekraft sowie aus Datenschutzgründen hat die Hochschule auf die Angabe des Notenspiegels für einzelne Jahre verzichtet. Die kumulierten Zahlenwerte für sieben Jahre werden auch im Diploma Supplement aufgeführt.

	Sehr gut	Gut	Befriedigend	Ausreichend	Mangelhaft/ Ungenügend
	≤ 1,5	> 1,5 ≤ 2,5	> 2,5 ≤ 3,5	> 3,5 ≤ 4	> 4
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
2017-2023	27	28	3	0	0
Insgesamt	27	28	3	0	0

1.2 Studiengang 02 „Psychologie: Rechtspsychologie“ (M.Sc.)

Aufgrund des Studienbeginns zum WS 2024/25 liegen noch keine Daten vor.

2 Daten zur Akkreditierung

Vertragsschluss Hochschule – Agentur:	23. November 2023
Eingang der Selbstdokumentation:	8. Mai 2024
Zeitpunkt der Begehung:	24./25. Juli 2024
Personengruppen, mit denen Gespräche geführt worden sind:	Hochschulleitung, Studiengangsleitung, Lehrende, Studierenden
An räumlicher und sächlicher Ausstattung wurde besichtigt (optional, sofern fachlich angezeigt):	Seminarräume, Hörsaal, Cafeteria, Aufenthaltsräume, Neubau, Laborausstattung via Folien-Präsentation

2.1 Studiengang 01 „Rechtspsychologie“ (M.Sc.)

Erstakkreditiert am: Begutachtung durch Agentur:	24.9.2013 bis 30.9.2018, verlängert bis 30.9.2020 ACQUIN e.V.
Re-akkreditiert (1): Begutachtung durch Agentur:	10.7.2020 bis 30.9.2027 ACQUIN e.V.
Re-akkreditiert (2): Begutachtung durch Agentur:	Von Datum bis Datum
Re-akkreditiert (n): Begutachtung durch Agentur	Von Datum bis Datum
Ggf. Fristverlängerung	Von Datum bis Datum

V Glossar

Akkreditierungsbericht	Der Akkreditierungsbericht besteht aus dem von der Agentur erstellten Prüfbericht (zur Erfüllung der formalen Kriterien) und dem von dem Gutachtergremium erstellten Gutachten (zur Erfüllung der fachlich-inhaltlichen Kriterien).
Akkreditierungsverfahren	Das gesamte Verfahren von der Antragstellung der Hochschule bei der Agentur bis zur Entscheidung durch den Akkreditierungsrat (Begutachtungsverfahren + Antragsverfahren)
Antragsverfahren	Verfahren von der Antragstellung der Hochschule beim Akkreditierungsrat bis zur Beschlussfassung durch den Akkreditierungsrat
Begutachtungsverfahren	Verfahren von der Antragstellung der Hochschule bei einer Agentur bis zur Erstellung des fertigen Akkreditierungsberichts
Gutachten	Das Gutachten wird vom Gutachtergremium erstellt und bewertet die Erfüllung der fachlich-inhaltlichen Kriterien
Internes Akkreditierungsverfahren	Hochschulinternes Verfahren, in dem die Erfüllung der formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien auf Studiengangsebene durch eine systemakkreditierte Hochschule überprüft wird.
MRVO	Musterrechtsverordnung
Prüfbericht	Der Prüfbericht wird von der Agentur erstellt und bewertet die Erfüllung der formalen Kriterien
Reakkreditierung	Erneute Akkreditierung, die auf eine vorangegangene Erst- oder Reakkreditierung folgt.
StAkkrStV	Studienakkreditierungsstaatsvertrag

Anhang

§ 3 Studienstruktur und Studiendauer

(1) ¹Im System gestufter Studiengänge ist der Bachelorabschluss der erste berufsqualifizierende Regelabschluss eines Hochschulstudiums; der Masterabschluss stellt einen weiteren berufsqualifizierenden Hochschulabschluss dar. ²Grundständige Studiengänge, die unmittelbar zu einem Masterabschluss führen, sind mit Ausnahme der in Absatz 3 genannten Studiengänge ausgeschlossen.

(2) ¹Die Regelstudienzeiten für ein Vollzeitstudium betragen sechs, sieben oder acht Semester bei den Bachelorstudiengängen und vier, drei oder zwei Semester bei den Masterstudiengängen. ²Im Bachelorstudium beträgt die Regelstudienzeit im Vollzeitstudium mindestens drei Jahre. ³Bei konsekutiven Studiengängen beträgt die Gesamtregelstudienzeit im Vollzeitstudium fünf Jahre (zehn Semester). ⁴Wenn das Landesrecht dies vorsieht, sind kürzere und längere Regelstudienzeiten bei entsprechender studienorganisatorischer Gestaltung ausnahmsweise möglich, um den Studierenden eine individuelle Lernbiografie, insbesondere durch Teilzeit-, Fern-, berufsbegleitendes oder duales Studium sowie berufspraktische Semester, zu ermöglichen. ⁵Abweichend von Satz 3 können in den künstlerischen Kernfächern an Kunst- und Musikhochschulen nach näherer Bestimmung des Landesrechts konsekutive Bachelor- und Masterstudiengänge auch mit einer Gesamtregelstudienzeit von sechs Jahren eingerichtet werden.

(3) Theologische Studiengänge, die für das Pfarramt, das Priesteramt und den Beruf der Pastoralreferentin oder des Pastoralreferenten qualifizieren („Theologisches Vollstudium“), müssen nicht gestuft sein und können eine Regelstudienzeit von zehn Semestern aufweisen.

[Zurück zum Prüfbericht](#)

§ 4 Studiengangsprofile

(1) ¹Masterstudiengänge können in „anwendungsorientierte“ und „forschungsorientierte“ unterschieden werden. ²Masterstudiengänge an Kunst- und Musikhochschulen können ein besonderes künstlerisches Profil haben. ³Masterstudiengänge, in denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden, haben ein besonderes lehramtsbezogenes Profil. ⁴Das jeweilige Profil ist in der Akkreditierung festzustellen.

(2) ¹Bei der Einrichtung eines Masterstudiengangs ist festzulegen, ob er konsekutiv oder weiterbildend ist. ²Weiterbildende Masterstudiengänge entsprechen in den Vorgaben zur Regelstudienzeit und zur Abschlussarbeit den konsekutiven Masterstudiengängen und führen zu dem gleichen Qualifikationsniveau und zu denselben Berechtigungen.

(3) Bachelor- und Masterstudiengänge sehen eine Abschlussarbeit vor, mit der die Fähigkeit nachgewiesen wird, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem jeweiligen Fach selbständig nach wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Methoden zu bearbeiten.

[Zurück zum Prüfbericht](#)

§ 5 Zugangsvoraussetzungen und Übergänge zwischen Studienangeboten

(1) ¹Zugangsvoraussetzung für einen Masterstudiengang ist ein erster berufsqualifizierender Hochschulabschluss. ²Bei weiterbildenden und künstlerischen Masterstudiengängen kann der berufsqualifizierende Hochschulabschluss durch eine Eingangsprüfung ersetzt werden, sofern Landesrecht dies vorsieht. ³Weiterbildende Masterstudiengänge setzen qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr voraus.

(2) ¹Als Zugangsvoraussetzung für künstlerische Masterstudiengänge ist die hierfür erforderliche besondere künstlerische Eignung nachzuweisen. ²Beim Zugang zu weiterbildenden künstlerischen Masterstudiengängen können auch berufspraktische Tätigkeiten, die während des Studiums abgeleistet werden, berücksichtigt werden, sofern Landesrecht dies ermöglicht. Das Erfordernis berufspraktischer Erfahrung gilt nicht an Kunsthochschulen für solche Studien, die einer Vertiefung freikünstlerischer Fähigkeiten dienen, sofern landesrechtliche Regelungen dies vorsehen.

(3) Für den Zugang zu Masterstudiengängen können weitere Voraussetzungen entsprechend Landesrecht vorgesehen werden.

[Zurück zum Prüfbericht](#)

§ 6 Abschlüsse und Abschlussbezeichnungen

(1) ¹Nach einem erfolgreich abgeschlossenen Bachelor- oder Masterstudiengang wird jeweils nur ein Grad, der Bachelor- oder Mastergrad, verliehen, es sei denn, es handelt sich um einen Multiple-Degree-Abschluss. ²Dabei findet keine Differenzierung der Abschlussgrade nach der Dauer der Regelstudienzeit statt.

(2) ¹Für Bachelor- und konsekutive Mastergrade sind folgende Bezeichnungen zu verwenden:

1. Bachelor of Arts (B.A.) und Master of Arts (M.A.) in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport, Sportwissenschaft, Sozialwissenschaften, Kunstwissenschaft, Darstellende Kunst und bei entsprechender inhaltlicher Ausrichtung in der Fächergruppe Wirtschaftswissenschaften sowie in künstlerisch angewandten Studiengängen,

2. Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) in den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften, Medizin, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, in den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften bei entsprechender inhaltlicher Ausrichtung,

3. Bachelor of Engineering (B.Eng.) und Master of Engineering (M.Eng.) in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften bei entsprechender inhaltlicher Ausrichtung,

4. Bachelor of Laws (LL.B.) und Master of Laws (LL.M.) in der Fächergruppe Rechtswissenschaften,

5. Bachelor of Fine Arts (B.F.A.) und Master of Fine Arts (M.F.A.) in der Fächergruppe Freie Kunst,

6. Bachelor of Music (B.Mus.) und Master of Music (M.Mus.) in der Fächergruppe Musik,

7. ¹Bachelor of Education (B.Ed.) und Master of Education (M.Ed.) für Studiengänge, in denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden. ²Für einen polyvalenten Studiengang kann entsprechend dem inhaltlichen Schwerpunkt des Studiengangs eine Bezeichnung nach den Nummern 1 bis 7 vorgesehen werden.

²Fachliche Zusätze zu den Abschlussbezeichnungen und gemischtsprachige Abschlussbezeichnungen sind ausgeschlossen. ³Bachelorgrade mit dem Zusatz „honours“ („B.A. hon.“) sind ausgeschlossen. ⁴Bei interdisziplinären und Kombinationsstudiengängen richtet sich die Abschlussbezeichnung nach demjenigen Fachgebiet, dessen Bedeutung im Studiengang überwiegt. ⁵Für Weiterbildungsstudiengänge dürfen auch Mastergrade verwendet werden, die von den vorgenannten Bezeichnungen abweichen. ⁶Für theologische Studiengänge, die für das Pfarramt, das Priesteramt und den Beruf der Pastoralreferentin oder des Pastoralreferenten qualifizieren („Theologisches Vollstudium“), können auch abweichende Bezeichnungen verwendet werden.

(3) In den Abschlussdokumenten darf an geeigneter Stelle verdeutlicht werden, dass das Qualifikationsniveau des Bachelorabschlusses einem Diplomabschluss an Fachhochschulen bzw. das Qualifikationsniveau eines Masterabschlusses einem Diplomabschluss an Universitäten oder gleichgestellten Hochschulen entspricht.

(4) Auskunft über das dem Abschluss zugrundeliegende Studium im Einzelnen erteilt das Diploma Supplement, das Bestandteil jedes Abschlusszeugnisses ist.

[Zurück zum Prüfbericht](#)

§ 7 Modularisierung

(1) ¹Die Studiengänge sind in Studieneinheiten (Module) zu gliedern, die durch die Zusammenfassung von Studieninhalten thematisch und zeitlich abgegrenzt sind. ²Die Inhalte eines Moduls sind so zu bemessen, dass sie in der Regel innerhalb von maximal zwei aufeinander folgenden Semestern vermittelt werden können; in besonders begründeten Ausnahmefällen kann sich ein Modul auch über mehr als zwei Semester erstrecken. ³Für das künstlerische Kernfach im Bachelorstudium sind mindestens zwei Module verpflichtend, die etwa zwei Drittel der Arbeitszeit in Anspruch nehmen können.

(2) ¹Die Beschreibung eines Moduls soll mindestens enthalten:

1. Inhalte und Qualifikationsziele des Moduls,

2. Lehr- und Lernformen,

3. Voraussetzungen für die Teilnahme,

4. Verwendbarkeit des Moduls,

5. Voraussetzungen für die Vergabe von ECTS-Leistungspunkten entsprechend dem European Credit Transfer System (ECTS-Leistungspunkte),

6. ECTS-Leistungspunkte und Benotung,

7. Häufigkeit des Angebots des Moduls,

8. Arbeitsaufwand und

9. Dauer des Moduls.

(3) ¹Unter den Voraussetzungen für die Teilnahme sind die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten für eine erfolgreiche Teilnahme und Hinweise für die geeignete Vorbereitung durch die Studierenden zu benennen. ²Im Rahmen der Verwendbarkeit des Moduls ist darzustellen, welcher Zusammenhang mit anderen Modulen desselben Studiengangs besteht und inwieweit es zum Einsatz in anderen Studiengängen geeignet ist. ³Bei den Voraussetzungen für die Vergabe von ECTS-Leistungspunkten ist anzugeben, wie ein Modul erfolgreich absolviert werden kann (Prüfungsart, -umfang, -dauer).

[Zurück zum Prüfbericht](#)

§ 8 Leistungspunktesystem

(1) ¹Jedem Modul ist in Abhängigkeit vom Arbeitsaufwand für die Studierenden eine bestimmte Anzahl von ECTS-Leistungspunkten zuzuordnen. ²Je Semester sind in der Regel 30 Leistungspunkte zu Grunde zu legen. ³Ein Leistungspunkt entspricht einer Gesamtarbeitsleistung der Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 25 bis höchstens 30 Zeitstunden. ⁴Für ein Modul werden ECTS-Leistungspunkte gewährt, wenn die in der Prüfungsordnung vorgesehenen Leistungen nachgewiesen werden. ⁵Die Vergabe von ECTS-Leistungspunkten setzt nicht zwingend eine Prüfung, sondern den erfolgreichen Abschluss des jeweiligen Moduls voraus.

(2) ¹Für den Bachelorabschluss sind nicht weniger als 180 ECTS-Leistungspunkte nachzuweisen. ²Für den Masterabschluss werden unter Einbeziehung des vorangehenden Studiums bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss 300 ECTS-Leistungspunkte benötigt. ³Davon kann bei entsprechender Qualifikation der Studierenden im Einzelfall abgewichen werden, auch wenn nach Abschluss eines Masterstudiengangs 300 ECTS-Leistungspunkte nicht erreicht werden. ⁴Bei konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengängen in den künstlerischen Kernfächern an Kunst- und Musikhochschulen mit einer Gesamtregelstudienzeit von sechs Jahren wird das Masterniveau mit 360 ECTS-Leistungspunkten erreicht.

(3) ¹Der Bearbeitungsumfang beträgt für die Bachelorarbeit 6 bis 12 ECTS-Leistungspunkte und für die Masterarbeit 15 bis 30 ECTS-Leistungspunkte. ²In Studiengängen der Freien Kunst kann in begründeten Ausnahmefällen der Bearbeitungsumfang für die Bachelorarbeit bis zu 20 ECTS-Leistungspunkte und für die Masterarbeit bis zu 40 ECTS-Leistungspunkte betragen.

(4) ¹In begründeten Ausnahmefällen können für Studiengänge mit besonderen studienorganisatorischen Maßnahmen bis zu 75 ECTS-Leistungspunkte pro Studienjahr zugrunde gelegt werden. ²Dabei ist die Arbeitsbelastung eines ECTS-Leistungspunktes mit 30 Stunden bemessen. ³Besondere studienorganisatorische Maßnahmen können insbesondere Lernumfeld und Betreuung, Studienstruktur, Studienplanung und Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhalts betreffen.

(5) ¹Bei Lehramtsstudiengängen für Lehrämter der Grundschule oder Primarstufe, für übergreifende Lehrämter der Primarstufe und aller oder einzelner Schularten der Sekundarstufe, für Lehrämter für alle oder einzelne Schularten der Sekundarstufe I sowie für Sonderpädagogische Lehrämter I kann ein Masterabschluss vergeben werden, wenn nach mindestens 240 an der Hochschule erworbenen ECTS-Leistungspunkten unter Einbeziehung des Vorbereitungsdienstes insgesamt 300 ECTS-Leistungspunkte erreicht sind.

(6) ¹An Berufsakademien sind bei einer dreijährigen Ausbildungsdauer für den Bachelorabschluss in der Regel 180 ECTS-Leistungspunkte nachzuweisen. ²Der Umfang der theoriebasierten Ausbildungsanteile darf 120 ECTS-Leistungspunkte, der Umfang der praxisbasierten Ausbildungsanteile 30 ECTS-Leistungspunkte nicht unterschreiten.

[Zurück zum Prüfbericht](#)

Art. 2 Abs. 2 StAkkrStV Anerkennung und Anrechnung*

Formale Kriterien sind [...] Maßnahmen zur Anerkennung von Leistungen bei einem Hochschul- oder Studiengangswechsel und von außerhochschulisch erbrachten Leistungen.

[Zurück zum Prüfbericht](#)

§ 9 Besondere Kriterien für Kooperationen mit nichthochschulischen Einrichtungen

(1) ¹Umfang und Art bestehender Kooperationen mit Unternehmen und sonstigen Einrichtungen sind unter Einbezug nichthochschulischer Lernorte und Studienanteile sowie der Unterrichtssprache(n) vertraglich geregelt und auf der Internetseite der Hochschule beschrieben. ²Bei der Anwendung von Anrechnungsmodellen im Rahmen von studiengangsbezogenen Kooperationen ist die inhaltliche Gleichwertigkeit anzurechnender nichthochschulischer Qualifikationen und deren Äquivalenz gemäß dem angestrebten Qualifikationsniveau nachvollziehbar dargelegt.

(2) Im Fall von studiengangsbezogenen Kooperationen mit nichthochschulischen Einrichtungen ist der Mehrwert für die künftigen Studierenden und die gradverleihende Hochschule nachvollziehbar dargelegt.

[Zurück zum Prüfbericht](#)

§ 10 Sonderregelungen für Joint-Degree-Programme

(1) Ein Joint-Degree-Programm ist ein gestufter Studiengang, der von einer inländischen Hochschule gemeinsam mit einer oder mehreren Hochschulen ausländischer Staaten aus dem Europäischen Hochschulraum koordiniert und angeboten wird, zu einem gemeinsamen Abschluss führt und folgende weitere Merkmale aufweist:

1. Integriertes Curriculum,
2. Studienanteil an einer oder mehreren ausländischen Hochschulen von in der Regel mindestens 25 Prozent,
3. vertraglich geregelte Zusammenarbeit,
4. abgestimmtes Zugangs- und Prüfungswesen und
5. eine gemeinsame Qualitätssicherung.

(2) ¹Qualifikationen und Studienzeiten werden in Übereinstimmung mit dem Gesetz zu dem Übereinkommen vom 11. April 1997 über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region vom 16. Mai 2007 (BGBl. 2007 II S. 712, 713) (Lissabon-Konvention) anerkannt. ²Das ECTS wird entsprechend §§ 7 und 8 Absatz 1 angewendet und die Verteilung der Leistungspunkte ist geregelt. ³Für den Bachelorabschluss sind 180 bis 240 Leistungspunkte nachzuweisen und für den Masterabschluss nicht weniger als 60 Leistungspunkte. ⁴Die wesentlichen Studieninformationen sind veröffentlicht und für die Studierenden jederzeit zugänglich.

(3) Wird ein Joint Degree-Programm von einer inländischen Hochschule gemeinsam mit einer oder mehreren Hochschulen ausländischer Staaten koordiniert und angeboten, die nicht dem Europäischen Hochschulraum angehören (außereuropäische Kooperationspartner), so finden auf Antrag der inländischen Hochschule die Absätze 1 und 2 entsprechende Anwendung, wenn sich die außereuropäischen Kooperationspartner in der Kooperationsvereinbarung mit der inländischen Hochschule zu einer Akkreditierung unter Anwendung der in den Absätzen 1 und 2 sowie in den §§ 16 Absatz 1 und 33 Absatz 1 geregelten Kriterien und Verfahrensregeln verpflichtet.

[Zurück zum Prüfbericht](#)

§ 11 Qualifikationsziele und Abschlussniveau

(1) ¹Die Qualifikationsziele und die angestrebten Lernergebnisse sind klar formuliert und tragen den in [Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1 Studienakkreditierungsstaatsvertrag](#) genannten Zielen von Hochschulbildung wissenschaftliche oder künstlerische Befähigung sowie Befähigung zu einer qualifizierten Erwerbstätigkeit und Persönlichkeitsentwicklung nachvollziehbar Rechnung. ²Die Dimension Persönlichkeitsbildung umfasst auch die künftige zivilgesellschaftliche, politische und kulturelle Rolle der Absolventinnen und Absolventen. Die Studierenden sollen nach ihrem Abschluss in der Lage sein, gesellschaftliche Prozesse kritisch, reflektiert sowie mit Verantwortungsbewusstsein und in demokratischem Gemeinsinn maßgeblich mitzugestalten.

(2) Die fachlichen und wissenschaftlichen/künstlerischen Anforderungen umfassen die Aspekte Wissen und Verstehen (Wissensverbreiterung, Wissensvertiefung und Wissensverständnis), Einsatz, Anwendung und Erzeugung von Wissen/Kunst (Nutzung und Transfer, wissenschaftliche Innovation), Kommunikation und Kooperation sowie wissenschaftliches/künstlerisches Selbstverständnis / Professionalität und sind stimmig im Hinblick auf das vermittelte Abschlussniveau.

(3) ¹Bachelorstudiengänge dienen der Vermittlung wissenschaftlicher Grundlagen, Methodenkompetenz und berufsfeldbezogener Qualifikationen und stellen eine breite wissenschaftliche Qualifizierung sicher.

²Konsequente Masterstudiengänge sind als vertiefende, verbreiternde, fachübergreifende oder fachlich andere Studiengänge ausgestaltet. ³Weiterbildende Masterstudiengänge setzen qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr voraus. ⁴Das Studiengangskonzept weiterbildender Masterstudiengänge berücksichtigt die beruflichen Erfahrungen und knüpft zur Erreichung der Qualifikationsziele an diese an. ⁵Bei der Konzeption legt die Hochschule den Zusammenhang von beruflicher Qualifikation und Studienangebot sowie die Gleichwertigkeit der Anforderungen zu konsekutiven Masterstudiengängen dar. ⁶Künstlerische Studiengänge fördern die Fähigkeit zur künstlerischen Gestaltung und entwickeln diese fort.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 12 Schlüssiges Studiengangskonzept und adäquate Umsetzung

§ 12 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 und Satz 5

(1) ¹Das Curriculum ist unter Berücksichtigung der festgelegten Eingangsqualifikation und im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Qualifikationsziele adäquat aufgebaut. ²Die Qualifikationsziele, die Studiengangsbezeichnung, Abschlussgrad und -bezeichnung und das Modulkonzept sind stimmig aufeinander bezogen. ³Das Studiengangskonzept umfasst vielfältige, an die jeweilige Fachkultur und das Studienformat angepasste Lehr- und Lernformen sowie gegebenenfalls Praxisanteile. ⁵Es bezieht die Studierenden aktiv in die Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen ein (studierendenzentriertes Lehren und Lernen) und eröffnet Freiräume für ein selbstgestaltetes Studium.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 12 Abs. 1 Satz 4

⁴Es [das Studiengangskonzept] schafft geeignete Rahmenbedingungen zur Förderung der studentischen Mobilität, die den Studierenden einen Aufenthalt an anderen Hochschulen ohne Zeitverlust ermöglichen.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 12 Abs. 2

(2) ¹Das Curriculum wird durch ausreichendes fachlich und methodisch-didaktisch qualifiziertes Lehrpersonal umgesetzt. ²Die Verbindung von Forschung und Lehre wird entsprechend dem Profil der Hochschulart insbesondere durch hauptberuflich tätige Professorinnen und Professoren sowohl in grundständigen als auch weiterführenden Studiengängen gewährleistet. ³Die Hochschule ergreift geeignete Maßnahmen der Personalauswahl und -qualifizierung.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 12 Abs. 3

(3) Der Studiengang verfügt darüber hinaus über eine angemessene Ressourcenausstattung (insbesondere nichtwissenschaftliches Personal, Raum- und Sachausstattung, einschließlich IT-Infrastruktur, Lehr- und Lernmittel).

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 12 Abs. 4

(4) ¹Prüfungen und Prüfungsarten ermöglichen eine aussagekräftige Überprüfung der erreichten Lernergebnisse. ²Sie sind modulbezogen und kompetenzorientiert.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 12 Abs. 5

(5) ¹Die Studierbarkeit in der Regelstudienzeit ist gewährleistet. ²Dies umfasst insbesondere

1. einen planbaren und verlässlichen Studienbetrieb,
2. die weitgehende Überschneidungsfreiheit von Lehrveranstaltungen und Prüfungen,
3. einen plausiblen und der Prüfungsbelastung angemessenen durchschnittlichen Arbeitsaufwand, wobei die Lernergebnisse eines Moduls so zu bemessen sind, dass sie in der Regel innerhalb eines Semesters oder eines Jahres erreicht werden können, was in regelmäßigen Erhebungen validiert wird, und
4. eine adäquate und belastungsangemessene Prüfungsdichte und -organisation, wobei in der Regel für ein Modul nur eine Prüfung vorgesehen wird und Module mindestens einen Umfang von fünf ECTS-Leistungspunkten aufweisen sollen.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 12 Abs. 6

(6) Studiengänge mit besonderem Profilspruch weisen ein in sich geschlossenes Studiengangskonzept aus, das die besonderen Charakteristika des Profils angemessen darstellt.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 13 Fachlich-Inhaltliche Gestaltung der Studiengänge

§ 13 Abs. 1

(1) ¹Die Aktualität und Adäquanz der fachlichen und wissenschaftlichen Anforderungen ist gewährleistet. ²Die fachlich-inhaltliche Gestaltung und die methodisch-didaktischen Ansätze des Curriculums werden kontinuierlich überprüft und an fachliche und didaktische Weiterentwicklungen angepasst. ³Dazu erfolgt eine systematische Berücksichtigung des fachlichen Diskurses auf nationaler und gegebenenfalls internationaler Ebene.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 13 Abs. 2 und 3

(2) In Studiengängen, in denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden, sind Grundlage der Akkreditierung sowohl die Bewertung der Bildungswissenschaften und Fachwissenschaften sowie deren Didaktik nach ländergemeinsamen und länderspezifischen fachlichen Anforderungen als auch die ländergemeinsamen und länderspezifischen strukturellen Vorgaben für die Lehrerbildung.

(3) ¹Im Rahmen der Akkreditierung von Lehramtsstudiengängen ist insbesondere zu prüfen, ob

1. ein integratives Studium an Universitäten oder gleichgestellten Hochschulen von mindestens zwei Fachwissenschaften und von Bildungswissenschaften in der Bachelorphase sowie in der Masterphase (Ausnahmen sind bei den Fächern Kunst und Musik zulässig),
2. schulpraktische Studien bereits während des Bachelorstudiums und
3. eine Differenzierung des Studiums und der Abschlüsse nach Lehrämtern erfolgt sind. ²Ausnahmen beim Lehramt für die beruflichen Schulen sind zulässig.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 14 Studienerfolg

¹Der Studiengang unterliegt unter Beteiligung von Studierenden und Absolventinnen und Absolventen einem kontinuierlichen Monitoring. ²Auf dieser Grundlage werden Maßnahmen zur Sicherung des Studienerfolgs abgeleitet. ³Diese werden fortlaufend überprüft und die Ergebnisse für die Weiterentwicklung des Studiengangs genutzt. ⁴Die Beteiligten werden über die Ergebnisse und die ergriffenen Maßnahmen unter Beachtung datenschutzrechtlicher Belange informiert.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 15 Geschlechtergerechtigkeit und Nachteilsausgleich

Die Hochschule verfügt über Konzepte zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Förderung der Chancengleichheit von Studierenden in besonderen Lebenslagen, die auf der Ebene des Studiengangs umgesetzt werden.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 16 Sonderregelungen für Joint-Degree-Programme

(1) ¹Für Joint-Degree-Programme finden die Regelungen in § 11 Absätze 1 und 2, sowie § 12 Absatz 1 Sätze 1 bis 3, Absatz 2 Satz 1, Absätze 3 und 4 sowie § 14 entsprechend Anwendung. ²Daneben gilt:

1. Die Zugangsanforderungen und Auswahlverfahren sind der Niveaustufe und der Fachdisziplin, in der der Studiengang angesiedelt ist, angemessen.
2. Es kann nachgewiesen werden, dass mit dem Studiengang die angestrebten Lernergebnisse erreicht werden.
3. Soweit einschlägig, sind die Vorgaben der Richtlinie 2005/36/EG vom 07.09.2005 (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22-142) über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU vom 17.01.2014 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132-170) berücksichtigt.
4. Bei der Betreuung, der Gestaltung des Studiengangs und den angewendeten Lehr- und Lernformen werden die Vielfalt der Studierenden und ihrer Bedürfnisse respektiert und die spezifischen Anforderungen mobiler Studierender berücksichtigt.
5. Das Qualitätsmanagementsystem der Hochschule gewährleistet die Umsetzung der vorstehenden und der in § 17 genannten Maßgaben.

(2) Wird ein Joint Degree-Programm von einer inländischen Hochschule gemeinsam mit einer oder mehreren Hochschulen ausländischer Staaten koordiniert und angeboten, die nicht dem Europäischen Hochschulraum angehören (außereuropäische Kooperationspartner), so findet auf Antrag der inländischen Hochschule Absatz 1 entsprechende Anwendung, wenn sich die außereuropäischen Kooperationspartner in der Kooperationsvereinbarung mit der inländischen Hochschule zu einer Akkreditierung unter Anwendung der in Absatz 1, sowie der in den §§ 10 Absätze 1 und 2 und 33 Absatz 1 geregelten Kriterien und Verfahrensregeln verpflichtet.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 19 Kooperationen mit nichthochschulischen Einrichtungen

¹Führt eine Hochschule einen Studiengang in Kooperation mit einer nichthochschulischen Einrichtung durch, ist die Hochschule für die Einhaltung der Maßgaben gemäß der Teile 2 und 3 verantwortlich. ²Die gradverleihende Hochschule darf Entscheidungen über Inhalt und Organisation des Curriculums, über Zulassung, Anerkennung und Anrechnung, über die Aufgabenstellung und Bewertung von Prüfungsleistungen, über die Verwaltung von Prüfungs- und Studierendendaten, über die Verfahren der Qualitätssicherung sowie über Kriterien und Verfahren der Auswahl des Lehrpersonals nicht delegieren.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 20 Hochschulische Kooperationen

(1) ¹Führt eine Hochschule eine studiengangsbezogene Kooperation mit einer anderen Hochschule durch, gewährleistet die gradverleihende Hochschule bzw. gewährleisten die gradverleihenden Hochschulen die Umsetzung und die Qualität des Studiengangskonzeptes. ²Art und Umfang der Kooperation sind beschrieben und die der Kooperation zu Grunde liegenden Vereinbarungen dokumentiert.

(2) ¹Führt eine systemakkreditierte Hochschule eine studiengangsbezogene Kooperation mit einer anderen Hochschule durch, kann die systemakkreditierte Hochschule dem Studiengang das Siegel des Akkreditierungsrates gemäß § 22 Absatz 4 Satz 2 verleihen, sofern sie selbst gradverleihend ist und die Umsetzung und die Qualität des Studiengangskonzeptes gewährleistet. ²Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) ¹Im Fall der Kooperation von Hochschulen auf der Ebene ihrer Qualitätsmanagementsysteme ist eine Systemakkreditierung jeder der beteiligten Hochschulen erforderlich. ²Auf Antrag der kooperierenden Hochschulen ist ein gemeinsames Verfahren der Systemakkreditierung zulässig.

[Zurück zum Gutachten](#)

§ 21 Besondere Kriterien für Bachelorausbildungsgänge an Berufsakademien

(1) ¹Die hauptberuflichen Lehrkräfte an Berufsakademien müssen die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen gemäß § 44 Hochschulrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1999 (BGBl. I S. 18), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) geändert worden ist, erfüllen. ²Soweit Lehrangebote überwiegend der Vermittlung praktischer Fertigkeiten und Kenntnisse dienen, für die nicht die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen oder Professoren an Fachhochschulen erforderlich sind, können diese entsprechend § 56 Hochschulrahmengesetz und einschlägigem Landesrecht hauptberuflich tätigen Lehrkräften für besondere Aufgaben übertragen werden. ³Der Anteil der Lehre, der von hauptberuflichen Lehrkräften erbracht wird, soll 40 Prozent nicht unterschreiten. ⁴Im Ausnahmefall gehören dazu auch Professorinnen oder Professoren an Fachhochschulen oder Universitäten, die in Nebentätigkeit an einer Berufsakademie lehren, wenn auch durch sie die Kontinuität im Lehrangebot und die Konsistenz der Gesamtausbildung sowie verpflichtend die Betreuung und Beratung der Studierenden gewährleistet sind; das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist im Rahmen der Akkreditierung des einzelnen Studiengangs gesondert festzustellen.

(2) ¹Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend für nebenberufliche Lehrkräfte, die theoriebasierte, zu ECTS-Leistungspunkten führende Lehrveranstaltungen anbieten oder die als Prüferinnen oder Prüfer an der Ausgabe und Bewertung der Bachelorarbeit mitwirken. ²Lehrveranstaltungen nach Satz 1 können ausnahmsweise auch von nebenberuflichen Lehrkräften angeboten werden, die über einen fachlich einschlägigen Hochschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss sowie über eine fachwissenschaftliche und didaktische Befähigung und über eine mehrjährige fachlich einschlägige Berufserfahrung entsprechend den Anforderungen an die Lehrveranstaltung verfügen.

(3) Im Rahmen der Akkreditierung ist auch zu überprüfen:

1. das Zusammenwirken der unterschiedlichen Lernorte (Studienakademie und Betrieb),
2. die Sicherung von Qualität und Kontinuität im Lehrangebot und in der Betreuung und Beratung der Studierenden vor dem Hintergrund der besonderen Personalstruktur an Berufsakademien und
3. das Bestehen eines nachhaltigen Qualitätsmanagementsystems, das die unterschiedlichen Lernorte umfasst.

[Zurück zum Gutachten](#)

Art. 2 Abs. 3 Nr. 1 Studienakkreditierungsstaatsvertrag

Zu den fachlich-inhaltlichen Kriterien gehören

1. dem angestrebten Abschlussniveau entsprechende Qualifikationsziele eines Studiengangs unter anderem bezogen auf den Bereich der wissenschaftlichen oder der künstlerischen Befähigung sowie die Befähigung zu einer qualifizierten Erwerbstätigkeit und Persönlichkeitsentwicklung

[Zurück zu § 11 MRVO](#)

[Zurück zum Gutachten](#)